

Einschreiben

Schweizer Presserat

Sekretariat

Dr. Martin Künzi, Fürsprecher

Bahnhofstrasse 5

Postfach 201

3800 Interlaken

Dr. Andreas Meili
Rechtsanwalt

Dr. Herbert Pfortmüller
Rechtsanwalt

Zürich, den 9. November 2012

**Beschwerde i.S. Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI) / „Basler Zeitung“ (Ausgabe vom 17. Juli 2012
betr. Kommentar von Daniel Vischer mit dem Titel „Freie Meinung am Bahnhof“)**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren

In Sachen

.....
Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI), 8036 Zürich,

Beschwerdeführerin

vertreten durch RA Dr. Andreas Meili, Anwaltskanzlei Meili Pfortmüller, Scheuchzerstrasse 64,
Postfach, 8033 Zürich

gegen

**National Zeitung und Basler Nachrichten AG, Herausgeberin „Basler Zeitung“, Hochbergerstrasse 15,
4002 Basel**

Beschwerdegegnerin

**betreffend „Basler Zeitung“ vom 17. Juli 2012, Bericht von Daniel Vischer mit Titel „Freie Meinung
am Bahnhof“**

reiche ich fristgerecht

BESCHWERDE

ein mit folgenden

Anträgen:

„Es sei festzustellen, dass die Beschwerdegegnerin in der „Basler Zeitung“ vom 17. Juli 2012 unter dem Titel ‚Freie Meinung am Bahnhof‘

- a) aufgrund des fehlenden Hinweises auf die Stellung von Daniel Vischer als Präsident der Gesellschaft Schweiz-Palästina (GSP) die Gebote der Unabhängigkeit, der Wahrung des Ansehens der Medien und der Berufswürde gemäss Ziff. 2 der ‚Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten‘ verletzt hat;
- b) durch die Missachtung der in lit. a genannten Pflichten das ihnen zugrundeliegende Fairnessprinzip gemäss Ingress der ‚Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten‘ verletzt hat.“

BEGRÜNDUNG

I. Formelles

1. Der unterzeichnete Anwalt ist gehörig bevollmächtigt.

BO: Vollmacht GSI

Beilage 1

2. Gegenstand der vorliegenden Beschwerde ist ein in der „Basler Zeitung“ vom 17. Juli 2012 in der Rubrik „Agenda“ erschienener Kommentar von NR Daniel Vischer mit dem Titel „Freie Meinung am Bahnhof“.

BO: Bericht von Daniel Vischer mit dem Titel „Freie Meinung am Bahnhof“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 17. Juli 2012

Beilage 2

Auszug aus der Webseite der GSP mit Übersicht Vorstandsmitglieder

Beilage 3

3. Die GSI ist ohne Weiteres zur vorliegenden Beschwerde legitimiert (Art. 6 Abs. 1 des Geschäftsreglements).
4. Im Zusammenhang mit dem Beschwerdegegenstand ist weder ein Gerichtsverfahren eingeleitet, noch soll ein solches anhängig gemacht werden (Art. 8 Abs. 3 des Geschäftsreglements).

5. Die vorliegende Beschwerde richtet sich gegen einen Meinungsbeitrag im redaktionellen Teil eines periodischen und auf die Aktualität bezogenen Mediums (Art. 1 Abs. 4 des Geschäftsreglements). Gerügt wird damit die Verletzung der Transparenz- bzw. Deklarationspflicht aufgrund des fehlenden Hinweises auf die organschaftliche Stellung des betreffenden Kolumnisten in der GSP und seine damit verbundene Interessenlage. Die Beschwerde liegt damit innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Schweizer Presserates (Art. 10 Abs. 1 erstes Lemma des Geschäftsreglements). Sie bezieht sich auf berufsethische Fragestellungen (Art. 10 Abs. 1 drittes Lemma des Geschäftsreglements), und es liegen keine öffentliche Entschuldigung oder irgendwelche Korrekturmassnahmen seitens der Beschwerdegegnerin vor (Art. 10 Abs. 1 zweitletztes Lemma des Geschäftsreglements). Da auch sonst keine Gründe bestehen, die gemäss Art. 10 Abs. 1 des Geschäftsreglements der Behandlung der Beschwerde entgegen stehen, ist auf die vorliegende Beschwerde ohne Weiteres einzutreten.

II. Materielles

A. Sachverhalt

1. Die Gesellschaft Schweiz Israel (GSI) ist ein Verein mit dem Zweck, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel zu vertiefen. Er beabsichtigt, seinen Mitgliedern und der weiteren Öffentlichkeit die kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Israel näher zu bringen.

BO: Auszug aus der Webseite der GSI

Beilage 4

2. Die Gesellschaft Schweiz-Palästina (GSP) ist ebenfalls als Verein organisiert und hat zum Zweck, die Beziehungen mit dem palästinensischen Volk zu stärken und ihren Mitgliedern und der Schweizer Öffentlichkeit die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in Palästina zu vermitteln. Zu den Hauptzielen gehören das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf einen unabhängigen, lebensfähigen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt.

BO: Auszug aus der Webseite der GSP, Rubrik „Home – über GSP“

Beilage 5

3. Die „Basler Zeitung“ publizierte am 17. Juli 2012 in ihrer Rubrik „Agenda“ einen Kommentar von Daniel Vischer (Beilage 2). Zum wiederholten Mal äusserte sich Herr Vischer darin zu Themen rund um Israel, Palästina und den Nahostkonflikt (siehe zuvor und danach auch die Kommentare von D. Vischer in der „Basler Zeitung“ vom 27. September 2011, 17. April 2012, 5. Juni 2012 und vom 21. August 2012).

BO: Bericht von Daniel Vischer mit dem Titel „Ein Staat der Palästinenser wird kommen“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 27. September 2011

Bericht von Daniel Vischer mit dem Titel „Politische Fesseln“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 17. April 2012

Bericht von Daniel Vischer mit dem Titel „Die Migros folgt der Logik des Bundes“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 5. Juni 2012

Bericht von Daniel Vischer mit dem Titel „Gefahr eines Angriffs ist real“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 21. August 2012

Beilagen 6 – 9

In sämtlichen dieser Berichte fehlte jeglicher Hinweis auf die Stellung Daniel Vischers als Präsident des Vorstandes der Gesellschaft Schweiz-Palästina (GSP).

Im hier beispielhaft monierten Kommentar vom 17. Juli 2012 (Beilage 2) begrüsst D. Vischer unter dem Titel „Freie Meinung am Bahnhof“ einen Entscheid des Bundesgerichts, mit dem die Durchführung einer israelkritischen Plakatkampagne einer sog. Gruppe Palästina-Solidarität im Jahr 2009 im Zürcher Hauptbahnhof für zulässig befunden wurde. In seinem Kommentar vertrat D. Vischer die Ansicht, dass israelkritische Aussagen wie irgendwelche anderen aussenpolitischen Aussagen durch die Meinungsäusserungsfreiheit gedeckt seien, solange sie nicht gesetzeswidrig sind.

4. Der besagte Bundesgerichtsentscheid wird auch auf der Webseite des GSP in der Rubrik „Aktuelles“ und unter dem Titel „SBB muss israelkritische Plakate akzeptieren“ prominent abgehandelt.

BO: Auszug aus der Webseite des GSP, Rubrik „Aktuelles“

Beilage 10

5. Die Beschwerdeführerin hat die Beschwerdegegnerin wiederholt via Emails und zum Teil in direkten Gesprächen gebeten, bei der Publikation von Beiträgen von Daniel Vischer, in denen Israel, Palästina und der Nahostkonflikt thematisiert werden, durch den Abdruck eines entsprechenden Hinweises seine führende Stellung bei der GSP transparent zu machen und ihren Lesern seine Verbindung zu dieser Gesellschaft und seine damit verbundene Interessenlage offen darzulegen. Die Beschwerdegegnerin lehnte dies jedoch stets ab. Auf die jüngsten E-Mails vom 17. April und 5. Juni 2012 reagierte sie gar nicht mehr.

BO: E-Mail der Beschwerdeführerin an die Beschwerdegegnerin vom 17. April 2012

Beilage 11

E-Mail der Beschwerdeführerin an die Beschwerdegegnerin vom 5. Juni 2012

Beilage 12

6. Es ist festzuhalten, dass es der Beschwerdeführerin im vorliegenden Fall nicht um die inhaltlichen Aussagen von Herrn Vischer geht. Sie begrüsst vielmehr die ausgewogene Position, welche die „Basler Zeitung“ im Nahostkonflikt einnimmt. Es geht ihr einzig darum, dass die „Basler Zeitung“

offen und fair über die Stellung und Interessenlage von Daniel Vischer orientiert, damit ihre Leserschaft seine Meinungen richtig einordnen und werten kann.

7. Wichtig ist dabei der Hinweis darauf, dass sich die „Basler Zeitung“ in anderen Fällen durchaus verpflichtet fühlt, ihre Leser über die (vermeintliche) Interessenlage ihrer Autoren transparent zu informieren. So hat sie z.B. am 23. Juli 2012 eine von David Klein verfasste Replik auf den Kommentar von Herrn Vischer veröffentlicht. Anders als bei der Kolumne von Daniel Vischer wurde im Fall des Beitrags von David Klein bei dessen Namen jedoch ein „*“ angefügt und am Ende des Beitrags der Hinweis abgedruckt, dass es sich bei ihm um einen „jüdischen Musiker in Basel“ handelt. Damit sollte offenbar auf seine (angebliche) Interessenlage hingewiesen werden. Unabhängig von der Frage, ob dieser Hinweis tatsächlich geeignet ist, die Interessenlage von Herrn Klein zu beschreiben, wird hier offenbar mit unterschiedlichen Ellen gemessen: Im Fall von Herrn Vischer wird auf einen Hinweis auf dessen leitende Stellung beim GSP verzichtet, im Fall von Herrn Klein jedoch scheint den Herausgebern der „Basler Zeitung“ ein Hinweis auf seine jüdische Religionszugehörigkeit angezeigt.

BO: Kommentar von David Klein mit dem Titel „Kein Wort über Aufhetzung“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 23. Juli 2012

Beilage 13

8. Mit Schreiben vom 13. September 2012 hat der Unterzeichnete den Chefredaktor der „Basler Zeitung“ erneut mit dem Anliegen der GSI konfrontiert und auf den Journalistenkodex und seine einschlägigen Passagen hingewiesen. In ihrer Antwort vom 18. September 2012 lehnte die Beschwerdegegnerin das Anliegen der Beschwerdeführerin ab. Ohne auch nur mit einem Wort auf die Pflichten und Richtlinien des Journalistenkodex einzugehen, behauptete sie, ihre Leserschaft wisse Bescheid, für was NR Vischer stehe bzw. was er vertrete, weshalb man die bisherige Regelung [Verzicht auf einen Hinweis auf die Stellung NR Vischers] beibehalten wolle.

BO: Schreiben des Unterzeichneten an den Chefredaktor der „Basler Zeitung“ vom 13. September 2012

Beilage 14

Schreiben des Chefredaktors der „Basler Zeitung“ an den Unterzeichneten vom 18. September 2012

Beilage 15

9. Wie inkonsequent sich die Beschwerdegegner dabei verhält, beweist sie gleich selber: In einem Kommentar von NR Daniel Vischer, der in der „Basler Zeitung“ vom 13. April 2011 unter dem Titel „Oublier Blocher“ abgedruckt wurde, findet sich ein Hinweis auf die Stellung Vischers als „Nationalrat der Grünen Partei ZH“. Im parteipolitischen Diskurs soll also ein solcher Hinweis im Sinne der Transparenz angebracht sein, im hier interessierenden Bereich aber nicht. Eine solche Differenzierung ist nicht verständlich

BO: Beitrag von Daniel Vischer mit dem Titel „Oublier Blocher“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 13. April 2011

Beilage 16

Wie ungleich die Ellen sind, die die Beschwerdegegnerin in Bezug auf die Herstellung der Transparenz gegenüber ihren Lesern anwendet, zeigt sich auch in bereits erwähnten Fall David Klein: Obwohl der Chefredaktor der „Basler Zeitung“ im vorerwähnten Antwortschreiben vom 18. September 2012 ausführte, dass der Hinweis darauf, dass Herr Klein ein jüdischer Musiker sei, „natürlich unnötig und überflüssig und bei künftigen Beiträgen unterbleiben“ werde, druckte sie bereits beim nächsten Beitrag von Herrn Klein, der zufälligerweise den passenden Titel „Mit ungleichem Mass“ trug, den gleichen Hinweis wieder ab.

BO: Beitrag von David Klein mit dem Titel „Mit ungleichem Mass“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 23. September 2012

Beilage 17

B. Verletzungen berufsethischer Fragen

1. Verletzung des Gebots der Unabhängigkeit, des Ansehens der Medien und der Berufswürde

Gemäss Ziff. 2 der „Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten“ (kurz „Erklärung“) verteidigen die Journalistinnen und Journalisten die Unabhängigkeit und das Ansehen ihres Berufes. Ziff. 2 der Erklärung wird durch Ziff. 2.4 der Richtlinie konkretisiert. Danach ist die Ausübung des Berufes des Journalisten grundsätzlich nicht mit der Ausübung einer öffentlichen Funktion vereinbar (Ziff. 2.4 Satz 1 der Richtlinie). Sollte eine solche Funktion aufgrund besonderer Umstände trotzdem wahrgenommen werden, ist auf strikte Trennung zu achten und dem Publikum die politische Funktion zur Kenntnis zu bringen (Ziff. 2.4 Sätze 2 und 3 der Richtlinie). Interessenkonflikte schaden dem Ansehen der Medien und der Würde des Berufs. Dieselben Regeln gelten auch für private Tätigkeiten, die sich mit der Informationstätigkeit überschneiden können (Ziff. 2.4 Sätze 4 und 5 der Richtlinie).

Die Beschwerdegegnerin hat diese Pflichten verletzt. Ihr regelmässiger Kolumnist Vischer ist nicht nur als Nationalrat in einer politischen Funktion tätig, sondern nimmt als Präsident der GSP eine führende Stellung in einer Vereinigung wahr, die auch politischen Interessen vertritt. Unter medienethischen Gesichtspunkten ist es deshalb erforderlich, dass die „Basler Zeitung“ seine Verhältnisse transparent macht, zumindest soweit sie, wie hier, Positionen betreffen, zu denen er im Rahmen seiner Kolumne regelmässig Stellung nimmt und die auch die Interessen der GSP betreffen.

Die Beschwerdegegnerin scheint sich in ihrem Schreiben (Beilage 15) auf den Standpunkt zu stellen, NR Vischer sei ihrer Leserschaft aufgrund seiner mit seinem Amt zusammenhängenden politischen Aktivitäten so bekannt, dass weitergehende Informationen darüber obsolet seien. Dass sie sich dabei widerspricht, wurde bereits gesagt. Wieweit diese Behauptung im Übrigen den Gegebenheiten entspricht, kann hier dahingestellt bleiben, denn es geht hier nicht um die ohne Zweifel weiterherum bekannten politischen Funktionen Vischers als Nationalrat und Mitglied der Grünen Partei, sondern ausschliesslich um seine unbestrittenermassen weit weniger bekannte

leitende Funktion bei der GSP, die sich von ihrem Zweck her vorrangig mit dem Thema Israel, Palästina und dem Nahostkonflikt auseinandersetzt. Gerade im Zusammenhang mit sachverwandten Themen kann das Interesse der Leserschaft, die Interessenlage des Kolumnisten und dessen Verbindungen zu politischen Gruppierungen zu kennen, nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dies gilt besonders dann, wenn der Kolumnist, wie hier, nicht bloss Sympathisant solcher Gruppierungen ist, sondern einer solchen Gruppierung als Präsident vorsitzt, denn es ist kaum anzunehmen, dass er in dieser Funktion Ansichten vertritt, die den Zielen der von ihm präsierten Gruppierung zuwiderlaufen. Um Äusserungen einer subjektiv verfassten Kolumne objektiv werten zu können, muss die Leserschaft deshalb vom betreffenden Medium über die Neigungen und Interessenlagen ihres Autors umfassend und ohne Wenn und Aber in Kenntnis gesetzt werden. Wie klein oder gross der Anteil der Leser der „Basler Zeitung“ ist, die von Vischers Tätigkeit bei der GSP wissen, ist dabei unerheblich. Zum unabhängigen, der Freiheit der Information verpflichtetem Journalismus gehört es, auch möglicherweise bekannte Hintergrundinformationen publik zu machen, sofern das Thema dies zur Vermeidung von Interessenkonflikten und zum Schutz der Informationsfreiheit verlangt. In Anbetracht der Sensibilität der Nahostthematik erscheint es im Übrigen besonders angezeigt, diesbezüglich weit möglichst Transparenz zu schaffen. Mandate, die die Interessenlage des Autors beeinflussen können, sind unabhängig davon, ob sich der Autor in einem Interessenkonflikt befindet oder nicht, offenzulegen, denn bereits die Gefahr einer Interessenkollision genügt, um dem Ansehen der Medien und der Würde des Berufs des Journalisten zu schaden.

2. Verletzung des Fairnessprinzips

Als Oberbegriff und Leitbild der journalistischen Arbeit nennt der Journalistenkodex in seinem Ingress das Prinzip der Fairness. Dieses liegt allen übrigen Pflichten zugrunde und wird durch diese in seinem Gehalt konkretisiert (Nobel/Weber, Medienrecht, 3. A., Bern 2007, 6. Kap., Rz 24).

Indem die Beschwerdegegnerin die Pflicht zur Unabhängigkeit sowie die Gebote zur Wahrung des Ansehens der Medien und der Würde der Berufsgattung verletzt hat (oben Ziff. 1), hat sie deshalb gleichzeitig auch das Fairnessgebot missachtet. Dieses Gebot findet auch auf die Kommentierung von Informationen Anwendung (siehe Ingress) und ist daher auch bei der Publikation der Kolumnen von Daniel Vischer zu beachten. Das Fairnessprinzip verlangt von der Beschwerdegegnerin nicht nur die Offenlegung der Interessenbindungen ihres Autors, sondern schliesst auch aus, dass gegenüber einzelnen Autoren unterschiedliche Massstäbe in Bezug auf die transparente Darstellung ihrer Verhältnisse angesetzt werden. Auch unter diesem Titel ist es deshalb nicht angängig, bei Daniel Vischer auf die nötige Transparenz zu verzichten.

Aus all diesen Gründen ersuche ich Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die vorliegende Beschwerde im Sinne der eingangs gestellten Anträge gutzuheissen.

Freundliche, kollegiale Grüsse

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of loops and a long horizontal stroke extending to the right.

Dr. Andreas Meili

Im Doppel

Beilagen gemäss separatem Verzeichnis

Beilagen:

1. Vollmacht GSI
2. Bericht von Daniel Vischer mit dem Titel „Freie Meinung am Bahnhof“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 17. Juli 2012
3. Auszug aus der Webseite der GSP mit Übersicht Vorstandsmitglieder
4. Auszug aus der Webseite der GSI
5. Auszug aus der Webseite der GSP, Rubrik „Home – über GSP“
6. Bericht von Daniel Vischer mit dem Titel „Ein Staat der Palästinenser wird kommen“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 27. September 2011
7. Bericht von Daniel Vischer mit dem Titel „Politische Fesseln“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 17. April 2012
8. Bericht von Daniel Vischer mit dem Titel „Die Migros folgt der Logik des Bundes“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 5. Juni 2012
9. Bericht von Daniel Vischer mit dem Titel „Gefahr eines Angriffs ist real“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 21. August 2012
10. Auszug aus der Webseite des GSP, Rubrik „Aktuelles“
11. E-Mail der Beschwerdeführerin an die Beschwerdegegnerin vom 17. April 2012
12. E-Mail der Beschwerdeführerin an die Beschwerdegegnerin vom 5. Juni 2012
13. Kommentar von David Klein mit dem Titel „Kein Wort über Aufhetzung“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 23. Juli 2012
14. Schreiben des Unterzeichneten an den Chefredaktor der „Basler Zeitung“ vom 13. September 2012
15. Schreiben des Chefredaktors der „Basler Zeitung“ an den Unterzeichneten vom 18. September 2012
16. Beitrag von Daniel Vischer mit dem Titel „Oublier Blocher“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 13. April 2011
17. Beitrag von David Klein mit dem Titel „Mit ungleichem Mass“, erschienen in der „Basler Zeitung“ vom 23. September 2012

VOLLMACHT

Dr. Andreas Meili, Rechtsanwalt
Scheuchzerstrasse 64
CH-8006 Zürich

wird in Sachen

Gesellschaft Schweiz Israel vs. National Zeitung und Basler Nachrichten AG („Basler Zeitung“)

betreffend **Beschwerde an den Schweizer Presserat etc.**

zu allen Rechtshandlungen eines Generalbevollmächtigten mit dem Recht, Stellvertreter zu ernennen, bevollmächtigt.

Die Vollmacht schliesst insbesondere ein: aussergerichtliche Vertretung, Vertretung vor allen Gerichten, Verwaltungsbehörden und Schiedsgerichten, Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen und Schiedsverträgen, Ergreifen von Rechtsmitteln, Abgeben von Abstandserklärungen, Abschluss von Vergleichen, Anerkennung und Rückzug von Klagen, Vollzug von Urteilen und abgeschlossenen Vergleichen, Empfangnahme und Herausgabe von Wertschriften, Zahlungen und anderen Streitgegenständen, Anhebung und Durchführung von Schuldbetreibungen, einschliesslich Stellen des Konkursbegehrens, Vertretung in Erbschaftssachen und bei öffentlichen Beurkundungen und Grundbuchgeschäften, Vertretung in Strafsachen, insbesondere Anheben/Stellen und Rückzug von Strafklagen und -anträgen.

Abweichende prozessrechtliche Bestimmungen vorbehalten, erlischt diese Vollmacht nicht mit dem Ableben, der Verschollenerklärung, dem Verlust der Handlungsfähigkeit oder dem Konkurs der Klientschaft.

Diese Vollmacht wird zur Verfolgung eines Auftrags erteilt, den die Klientschaft mit

- dem hiermit Bevollmächtigten Dr. Andreas Meili, Rechtsanwalt, Zürich
-

abgeschlossen hat.

Die Klientschaft bestätigt, dass sie ihren Anspruch auf eine allfällige Prozessentschädigung dem Beauftragten zahlungshalber abgetreten hat.

Zürich,
(Ort)

7. November 2012
(Datum)

Die Klientschaft:

Corina Gichenholz
.....

Unterschrift(en)

Agenda



Freie Meinung am Bahnhof

Von Daniel Vischer

Ein israelkritisches Plakat schrieb Bundesgerichts- geschichte. Die Zürcher Gruppe Palästina Solidarität wollte im Zürcher Hauptbahnhof 2009 auf SBB-Areal ein Plakat aufhängen: «61 Jahre Israel – 61 Jahre Unrecht an den Palästinensern»...

Erst jetzt betreten sich die SBB pseudoneutral auf ihr öffentlich nicht einsehbares Werbe- und Benutzungsreglement, gemäss dem religiöse Werbung und Botschaften zu aussenpolitisch brisanten Themen grundsätzlich, ausnahmslos nicht gestattet sind.

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht im März 2011 die SBB verpflichtete, den Aushang des strittigen Plakates zu bewilligen, erhoben die SBB Beschwerde beim Bundesgericht. Mit Entscheid vom 3. Juli 2012 lehnt nun das Bundesgericht die Beschwerde ab und zwingt die SBB zur Änderung ihres Reglementes, soweit es aussenpolitische Statements generell fernhält.

Damit hat das Bundesgericht klargestellt, was selbstverständlich ist, dies aber lange nicht war: israelkritische Aussagen sind wie irgendwelche anderen aussenpolitischen Aussagen durch die Meinungsäusserungsfreiheit gedeckt, solange sie nicht gesetzwidrig sind, also vor allem nicht gegen das Antirassismusetz verstoßen.

Damit hat das Bundesgericht klargestellt, was selbstverständlich ist, dies aber lange nicht war: israelkritische Aussagen sind wie irgendwelche anderen aussenpolitischen Aussagen durch die Meinungsäusserungsfreiheit gedeckt, solange sie nicht gesetzwidrig sind, also vor allem nicht gegen das Antirassismusetz verstoßen.

Carte blanche

Banker schlägt Bankräuber

Von Aleksander Berentsen*

Mein Sohn hat mir kürzlich mitgeteilt, dass er Bankräuber werden möchte. Als Vater und Ökonom fühle ich mich verpflichtet, diese Berufswahl auf Vorteile und Nachteile zu untersuchen. Zum Glück bin ich kürzlich über eine Studie gestolpert, welche die Profitabilität eines Bankraubs untersucht.

In Grossbritannien kommt ein Bankräuber pro Überfall auf einen durchschnittlichen Erlös von nur gerade 12 706 britischen Pfund – also etwa 19 325 Schweizer Franken. Im Vergleich dazu beträgt der durchschnittliche Jahreslohn etwa 26 000 Pfund. Der Erlös eines erfolgreichen Raubzugs reicht also gerade mal aus, um rund sechs Monate lang auf durchschnittlichem Niveau zu leben.

Diese Untersuchung zeigt, dass Bankräuber ein Low-skill, Low-pay-Job ist. Was sich übrigens auch unter potenziellen Bankräubern herumgesprochen zu haben scheint, denn die Zahl der Banküberfälle in Grossbritannien und in den USA ist seit Jahren abnehmend.

Für einen Ökonomen ist dies nicht allzu erstaunlich. Bankraub und Banking sind wirtschaftliche Tätigkeiten wie andere auch. In den letzten Jahrzehnten wurde Bankraub jedoch zunehmend unattraktiv, während die Arbeit als Banker immer besser entlohnt wurde.

Credit Suisse. Für das Jahr 2009 erhielt er eine Gesamtentlohnung von 90,1 Millionen Franken und wurde damit zum bestbezahlten Bankmanager Europas. Seine Entlohnung setzte sich zusammen aus einem Bonus in Höhe von 71 Millionen Franken sowie einem Grundsalär in der Höhe von 1,3 Millionen Franken.

Das sind Zahlen, mein Sohn! Brady Dougans Lohn im Jahr 2009 entspricht dem Ertrag von etwa 4505 Banküberfällen. Das sind etwa 12,34 Banküberfälle pro Tag oder ein Überfall alle zwei Stunden.

In den letzten Jahren wurde Bankraub zunehmend unattraktiv, während die Arbeit als Banker immer besser entlohnt wurde.

wird ein Banker für einen erfolgreichen Coup gefeiert. Je grösser seine Beute ist, desto grösser sind die Lobhudeleien.

Das besonders Attraktive am Bankerberuf ist, dass man nicht einmal erfolgreich sein muss, um eine Bank und deren Aktionäre um solche Beträge zu erleichtern. Brady Dougan wurde im Mai 2007 CEO der Credit Suisse als Nachfolger von Oswald Grubel (ein weiterer erfolgloser Banker).

verband Economiesuisse, aber auch zahlreiche Ökonomen betonen immer wieder, dass solche Entschädigungen notwendig seien, da es einen internationalen Markt für Top-Bankräuber und man nur so die besten Talente anziehen könne.

Nicht zuletzt ist der Beruf Banker bedeutend vielseitiger als der Beruf Bankräuber. Der Banker kann beispielsweise ungestraft den Liborzinssatz manipulieren. Die Busse, falls es dann eine gibt, bezahlt der Aktionär der Bank.

Ich stimme der Meinung meines Sohnes zu, dass die Annahme der Abzocker-Initiative für ihn äusserst problematisch wäre. Erstens würde es seine Chancen, als zukünftiger Banker Banken zu plündern, reduzieren.

Was dort weiter geschah, beobachteten versteckte Kameras. Zuerst wurde klar: Die Nager bunkern die Samen zuerst und fressen nur wenige. Aber die Tiere leeren die meisten Verstecke schon nach wenigen Tagen wieder, nur um das Ganze in der Nähe neu einzugraben.

* Aleksander Berentsen ist Professor für Wirtschaftstheorie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (WVZ) der Universität Basel.

Hick-up

Partnerwechsel oder die Diebe und die Palme

Von Martin Hicklin

Eine zentrale Aufgabe haben alle Lebewesen. Sie müssen sich fortpflanzen. Sonst ist bald Sense mit der eigenen Art. Wenn wundert, dass da keine Anstrengung gescheut und auch unter unseren Mitbewesen das Ganze offenbar sehr ernst genommen wird, sonst gäbe es sie ja gar nicht mehr.

Nun gibt es auch eher unbewegliche Mitbewohner, die sich auf die Hilfe anderer abstützen müssen, schlimmstenfalls auf Wind und Wetter. Bäume etwa, die darauf angewiesen sind, dass ihre Samen an neue Orte getragen werden.

Obwohl seit dem Pleistozän, das vor etwa 12 000 Jahren geendet hat, kein Rüssel mehr zugreift und die Grossen ausgestorben sind. Wer trägt jetzt die Samen weiter, wenn die Mega-Fauna nicht mehr da sind?

dürfte einigen Pflanzen in den mittelamerikanischen Tropen passiert sein. Über lange Zeit hatte sich als Vorteil erwiesen, grosse attraktive Pakete für die eigenen Samen zu entwickeln, die den «Megafauna» zählenden über 1000 Kilo schweren Riesen fressen und scheitern.

In einer über lange Zeiten gewachsenen «evolutionären Partnerschaft» könnten sich so heute ausgestorbene Verwandte der Elefanten mit ihren Schleckrüsslern an den Früchten bedienen – und den Kern unverdaut wieder ausgeschieden haben. In für die Palme nützlich ferner Distanz vom Ernteort.

Welch niedlichen Ersatz für die Riesen die Schwarze Palme gefunden hat, haben die Forschenden auf der Insel Barro Colorado in Panama aufgedeckt: Es sind die zu den Nagern zählenden Agutis, bis zu vier Kilo schwere hübsche Zehengänger. Die lieben neben vielem anderen auch die Früchte der Schwarzen Palme. Ob sie auch für deren Verbreitung sorgen – das herauszufinden,

schute das Team keine Mühe. 589 (1) Früchte wurden mit Radiosendern bestückt an 52 Stellen ausgelegt. Dort blieben sie nicht lange. Die Agutis holten sich die Dinger und horteten sie gleich in verstreuten Verstecken.

Wie auch immer: Vom «evolutionären Partnerwechsel», wie die Forschenden das nennen, von Riesen zu den «Dieben» profitiert die Palme insofern, als ab und zu halt ein Versteck vergessen und der Same drin unverzehrt bleibt und zu neuer Pracht an anderem Ort aufkeimen kann. So passt alles wieder zusammen.

Basler Zeitung

Nachrichten und Basler Nachrichten AG
Verlag: Philipp Lehmann
Chefredaktor: Markus Sommer
Stv. Chefredaktor: David Thomann
Redaktion: Eugen Sigg
Anzeigen: Roland Harzog
Kunst: Julia Aebli
Politik: Thomas Lutz
Wirtschaft: Dieter Bachmann
Sport: Marcel Röthli
Kultur: Christoph Hehn
Gesundheit: Michael Gnehm
Umwelt: Stefan Keller
Recht: Ursula Schärer
Energie: Markus Müller
Bild: Hans-Jürgen
Sonstige: Michael Gnehm, Hans-Jürgen, Ursula Schärer, Markus Müller, Hans-Jürgen

Basler Zeitung Medien, Roland Stefan
CEO Basler Zeitung Medien, Stefan Hall
Leiter Verlag, Paul Henry
Leiter Leserservice und Vertrieb, Arno Hoyer
Leiter Werbekunden, Harry Ziegler
Anzeigenleiter, Alexander Müller
Abonnements, Vertrieb und Subskriptionsassistent, Montag bis Freitag von 8:30-18 Uhr, Samstag von 7-14 Uhr, Sonntag von 8-11 Uhr
Basler Zeitung Medien, Roland Stefan
Redaktion: Eugen Sigg
Anzeigen: Roland Harzog
Kunst: Julia Aebli
Politik: Thomas Lutz
Wirtschaft: Dieter Bachmann
Sport: Marcel Röthli
Kultur: Christoph Hehn
Gesundheit: Michael Gnehm
Umwelt: Stefan Keller
Recht: Ursula Schärer
Energie: Markus Müller
Bild: Hans-Jürgen
Sonstige: Michael Gnehm, Hans-Jürgen, Ursula Schärer, Markus Müller, Hans-Jürgen

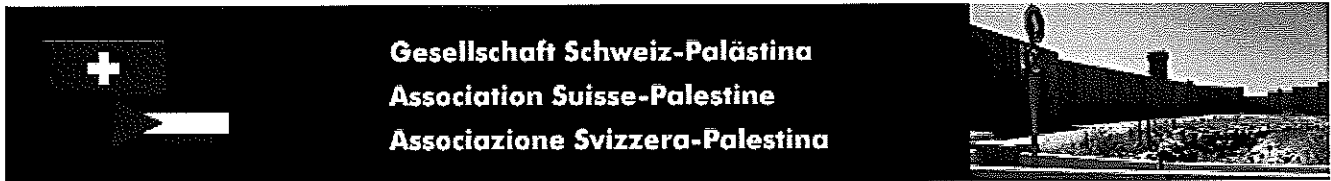
Auslandskorrespondenten, Ulrich Achermann
Rudolf Balmer
Thomas Güler
Frank Rüdiger
Korrespondenten, Hans-Jürgen
Korrespondenten, Hans-Jürgen
Korrespondenten, Hans-Jürgen
Korrespondenten, Hans-Jürgen
Korrespondenten, Hans-Jürgen
Korrespondenten, Hans-Jürgen
Korrespondenten, Hans-Jürgen
Korrespondenten, Hans-Jürgen
Korrespondenten, Hans-Jürgen

Basler Zeitung Medien, Roland Stefan
CEO Basler Zeitung Medien, Stefan Hall
Leiter Verlag, Paul Henry
Leiter Leserservice und Vertrieb, Arno Hoyer
Leiter Werbekunden, Harry Ziegler
Anzeigenleiter, Alexander Müller
Abonnements, Vertrieb und Subskriptionsassistent, Montag bis Freitag von 8:30-18 Uhr, Samstag von 7-14 Uhr, Sonntag von 8-11 Uhr
Basler Zeitung Medien, Roland Stefan
Redaktion: Eugen Sigg
Anzeigen: Roland Harzog
Kunst: Julia Aebli
Politik: Thomas Lutz
Wirtschaft: Dieter Bachmann
Sport: Marcel Röthli
Kultur: Christoph Hehn
Gesundheit: Michael Gnehm
Umwelt: Stefan Keller
Recht: Ursula Schärer
Energie: Markus Müller
Bild: Hans-Jürgen
Sonstige: Michael Gnehm, Hans-Jürgen, Ursula Schärer, Markus Müller, Hans-Jürgen

Basler Zeitung Medien, Roland Stefan
CEO Basler Zeitung Medien, Stefan Hall
Leiter Verlag, Paul Henry
Leiter Leserservice und Vertrieb, Arno Hoyer
Leiter Werbekunden, Harry Ziegler
Anzeigenleiter, Alexander Müller
Abonnements, Vertrieb und Subskriptionsassistent, Montag bis Freitag von 8:30-18 Uhr, Samstag von 7-14 Uhr, Sonntag von 8-11 Uhr
Basler Zeitung Medien, Roland Stefan
Redaktion: Eugen Sigg
Anzeigen: Roland Harzog
Kunst: Julia Aebli
Politik: Thomas Lutz
Wirtschaft: Dieter Bachmann
Sport: Marcel Röthli
Kultur: Christoph Hehn
Gesundheit: Michael Gnehm
Umwelt: Stefan Keller
Recht: Ursula Schärer
Energie: Markus Müller
Bild: Hans-Jürgen
Sonstige: Michael Gnehm, Hans-Jürgen, Ursula Schärer, Markus Müller, Hans-Jürgen

Basler Zeitung Medien, Roland Stefan
CEO Basler Zeitung Medien, Stefan Hall
Leiter Verlag, Paul Henry
Leiter Leserservice und Vertrieb, Arno Hoyer
Leiter Werbekunden, Harry Ziegler
Anzeigenleiter, Alexander Müller
Abonnements, Vertrieb und Subskriptionsassistent, Montag bis Freitag von 8:30-18 Uhr, Samstag von 7-14 Uhr, Sonntag von 8-11 Uhr
Basler Zeitung Medien, Roland Stefan
Redaktion: Eugen Sigg
Anzeigen: Roland Harzog
Kunst: Julia Aebli
Politik: Thomas Lutz
Wirtschaft: Dieter Bachmann
Sport: Marcel Röthli
Kultur: Christoph Hehn
Gesundheit: Michael Gnehm
Umwelt: Stefan Keller
Recht: Ursula Schärer
Energie: Markus Müller
Bild: Hans-Jürgen
Sonstige: Michael Gnehm, Hans-Jürgen, Ursula Schärer, Markus Müller, Hans-Jürgen

Basler Zeitung Medien, Roland Stefan
CEO Basler Zeitung Medien, Stefan Hall
Leiter Verlag, Paul Henry
Leiter Leserservice und Vertrieb, Arno Hoyer
Leiter Werbekunden, Harry Ziegler
Anzeigenleiter, Alexander Müller
Abonnements, Vertrieb und Subskriptionsassistent, Montag bis Freitag von 8:30-18 Uhr, Samstag von 7-14 Uhr, Sonntag von 8-11 Uhr
Basler Zeitung Medien, Roland Stefan
Redaktion: Eugen Sigg
Anzeigen: Roland Harzog
Kunst: Julia Aebli
Politik: Thomas Lutz
Wirtschaft: Dieter Bachmann
Sport: Marcel Röthli
Kultur: Christoph Hehn
Gesundheit: Michael Gnehm
Umwelt: Stefan Keller
Recht: Ursula Schärer
Energie: Markus Müller
Bild: Hans-Jürgen
Sonstige: Michael Gnehm, Hans-Jürgen, Ursula Schärer, Markus Müller, Hans-Jürgen



Statuten Vorstand Kontakt Beitritt Spenden Newsletter Newsletter-Archiv Links

[français] [italiano]

Home - über GSP

Aktuelles

Alle Events

Berichte / Dokumente

Petitionen

Stellungnahmen

Medien und GSP

Filme

Literatur

Blogs

Vorstand

Daniel Vischer (Präsident)
 Firas Abdelhadi (ZH, Süd-CH)
 Ron Ganzfried (West-CH)
 Enrico Geiler, Südschweiz
 Ruedi Knutti (ZH)
 Kathrin Lötscher (NW-CH)
 Marco Tognola (Süd-CH)

Sekretariat

Peter Leuenberger Sekretär

Gesellschaft Schweiz-Palästina
 Postfach 6245
 3001 Bern
 PCK 10-4334-2
 info@palaestina.ch



aktuelle Events

Fr 26.10.12
 20.00
 8404 Stadel b. Winterthur,
 Restaurant Schlosshalde
 Mörsburgstr. 36
 Palästinensische Flüchtlingslager
 im Libanon
 [mehr ...]

Seite durchsuchen:

suchen

Gesellschaft Schweiz-Palästina, Postfach 6245, 3001 Bern, PC-Konto: 10-4334-2

© Gesellschaft Schweiz-Palästina 2005

Entstehen, Ziel und Zweck

Die Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI) wurde am 15. Dezember 1957 in Zürich als Verein gegründet. Sie hat gemäss ihren Statuten zum Zweck, „die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel zu vertiefen, indem sie den Mitgliedern und der weiteren Öffentlichkeit die kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Israel näher bringt“.

Die politisch und religiös unabhängige GSI wurde von Frauen und Männern gegründet, welche 1956 unter dem Eindruck des Suezkrieges die Existenz des Staates Israel gefährdet sahen. Sie wurden aktiv, weil sie nicht vergessen hatten, wie sie aus der sicheren Schweiz zusehen mussten, wie das jüdische Volk zwischen 1933 und 1945 dem Terror und der Vernichtung durch das nationalsozialistische Regime ausgesetzt waren. Und sie waren sich des Versagens der Behörden bei der Aufnahme verfolgter Jüdinnen und Juden in unser Land in jener Zeit bewusst. Mit der Gründung der GSI setzten sie ein klares Zeichen: Dem jüdischen Volk darf solches nie mehr geschehen! Dem Staat Israel, der auch als Folge der Schoa entstandenen Heimstätte des jüdischen Volkes, ist jederzeit beizustehen, sollte seine Existenz bedroht werden.

Mehr zum Entstehen der GSI finden Sie unter der Rubrik [Leitbild \(Link-Ziel: de/leitbild.html\)](http://www.schweiz-israel.ch/de/leitbild.html).

© 2003 - 2012 Gesellschaft Schweiz-Israel



Statuten Vorstand Kontakt Beitritt Spenden Newsletter Newsletter-Archiv Links

[français] [italiano]

Seite durchsuchen:

[Home - über GSP](#)

[Aktuelles](#)

[Alle Events](#)

[Berichte / Dokumente](#)

[Petitionen](#)

[Stellungnahmen](#)

[Medien und GSP](#)

[Filme](#)

[Literatur](#)

[Blogs](#)

aktuelle Events

Fr 26.10.12
20.00
8404 Stadel b. Winterthur,
Restaurant Schlosshalde
Mörsburgstr. 36
Palästinensische Flüchtlingslager
im Libanon
[mehr ...]

Home - über GSP

Wer ist die Gesellschaft Schweiz-Palästina GSP?

Die *Gesellschaft Schweiz-Palästina GSP* wurde im Jahr 1976 gegründet. Als konfessionell und parteipolitisch unabhängige, gemeinnützige Organisation verfolgt sie die Ziele, die Beziehungen mit dem palästinensischen Volk zu stärken sowie ihren Mitgliedern und der Schweizer Öffentlichkeit die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in Palästina zu vermitteln. Die **GSP** unterstützt das palästinensische Volk in seiner Forderung nach seinen unveräusserlichen Rechten, wie sie von der internationalen Gemeinschaft in den betreffenden Resolutionen der UNO anerkannt worden und Voraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden sind: Das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge in Ihre Heimat, das Recht auf Selbstbestimmung sowie das Recht auf einen unabhängigen, lebensfähigen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt. Zu diesem Zweck unterstützt und organisiert die **GSP** Veranstaltungen, die die Kenntnisse der historischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Palästina vertiefen, und setzt sich auf politischer Ebene für die Stärkung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Palästina ein.

Ausführliche Informationen finden Sie unter **Statuten**



Gesellschaft Schweiz-Palästina, Postfach 6245, 3001 Bern, PC-Konto: 10-4334-2

© Gesellschaft Schweiz-Palästina 2005

Agenda



Politische Fesseln

Von Daniel Vischer

Günter Grass hat mit seinem Gedicht «Was gesagt werden muss» in Deutschland und Israel schon fast eine Staatskrise ausgelöst. Jedenfalls ist es ein seltener Akt, dass ein Nobelpreisträger aufgrund eines Gedichts vom darin kritisierten Staat zum unerwünschten Gast erklärt wird.

Ein starkes Gedicht hat Günter Grass fraglos nicht geschrieben. Nur habe er, die umgebend zur Verurteilung von Grass aufrufen, den Text sicher nicht wegen seiner mangelnden lyrischen Klasse kritisiert. Man kann auch nicht einmal sagen, wir seien in diesem Text mit einer besonders starken Analyse der Lage am Persischen Golf und im Nahen Osten konfrontiert.

Dass dies ein deutscher Schriftsteller mit der Bekanntheit und dem Prestige von Grass sich zu äussern getraut, ist neu, und provoziert fraglos gerade deshalb eine masslose Reaktion. Der Chef des Springer-Verlags, Matthias Döpfner, warf Grass prompt «politisch korrekten Antisemitismus» vor.

Deshalb verfährt auch das Attribut «politisch korrekt» nicht, denn in Deutschland gilt es ja zu Unrecht als geradezu «politisch korrekt», die völkerrechtswidrige israelische Politik etwa bezüglich des massierten Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten nicht kritisieren zu dürfen.

Carte blanche

Beteiligung ist noch nicht Engagement

Von Brigitte Guggisberg*

Die Protestbewegungen des arabischen Frühlings, die Occupy-Bewegung in Zürich oder New York und ein Botellón (Massenbesäufnis) der schweizerischen Mittelstandsjugend in Olten haben einen gemeinsamen Nenner: Das Internet hat in ihrer Entstehung eine wichtige Rolle gespielt.

Durch die sozialen Medien scheint es heute möglich, sich nicht nur virtuell, sondern auch ganz real mit Gleichgesinnten zu vernetzen. Und dies nicht nur schnell, sondern auch einfach und günstig. Damit, so scheint es, bricht für sogenannte Grassroot-Movements ein neues Zeitalter an.

ganze PR-Kampagnen gestaltet und gelegentlich sogar die Möglichkeit eines Wahlzwecks diskutiert. Tatsächlich ist jedoch das am Wirksamsten, was auch den Grassroot-Movements hilft: Eine Reduktion der Transaktionskosten.

Nicht nur exotische Grassroot-Bewegungen, auch demokratische Systeme haben Probleme mit der Beteiligung aktiver Wähler.

Hodler und Simon Luechinger von der Universität Luzern zusammensetzt, hat genau dies getan. Die Resultate ihrer Untersuchung «The Effects of Voting Costs on the Democratic Process and Public Finances» haben sie vor wenigen Wochen in einem WWZ-Arbeitspapier publiziert.

In der Ausgangslage waren gut gebildete und gut informierte Wählerinnen und Wähler überproportional vertreten. Dies änderte sich durch die Reduktion der Transaktionskosten.

Ähnlich ergeht es auch den Grassroot-Movements. Auch dort ist die Wirkung der Transaktionskosten beschränkt. Viele der neu entstandenen Bewegungen sind nach nur kurzer Halbwertszeit bereits wieder in sich zusammengefallen.

Hick-up

Fussball mit Pandoras Büchse

Von Martin Hicklin

Zwei Stunden lang soll befohlene Stille geherrscht haben, ein Wachmann stand vor der Tür. Alle hatten sich zu Schweigen verpflichtet, bevor sie auf dem Campus der National Institutes of Health (NIH) bei Washington die brisanten Unterlagen ausgehändigt bekommen.

Im Dezember war ein Publikationsstopp vereinbart worden, um prüfen zu können, wie gross die Gefahr sei, dass Böswillige sich mit den Daten einen Grippevirenstamm als Biowaffe bauen könnten.

wären jetzt noch mehr als ein Dutzend «Beobachter» dabei, darunter der NIH-Vorsitzende Francis Collins und der Pandemie-Verantwortliche bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Keiji Fukuda.

«sensationsheischend» gewirkt. Wer zu kurz schreibt, wird auch von Fachkollegen missverstanden, soll das wohl heissen. Offenbar hatten «Nature» (Kawaoka) und «Science» (Fouchier) die berühmte gewordenen Befunde mehr Raum zugestanden.

Basler Zeitung

National-Zeitung und Basler Nachrichten AG Verwaltungsratspräsident: Filippo Luederger Chefredaktion: Markus Simon (Pres) Sektoreditor: David Thomann (Pres) Chefredaktor: Eugen Suter (Pres), Technisch: Roland Höttinger (Pres), Grafisch: Daniel Stephan Suter (Pres), Buchhaltung: Alessandra Laha-Kocher (Pres) PolitiK: Thomas Lutz (Pres), Leitung: Claudia Baranyi (Pres), Michael Bovy (Pres) (Kassachef): Raphael Buehler (Pres) Der Anzeiger (Pres): Christoph Brändli (Pres) Maria Furrer (Pres), Emanuel Geis (Pres) Willy Hergler (Pres), Hanspeter Müller (Pres) Marco Wirth (Pres) Bundeshaus, Alan Cassidy (Pres) - Beni Gasser (Pres) Markus Pfander (Pres) Basel-Stadt, Raphael Suter (Pres), Leitung: Michael Bernhart (Pres) - Macha Hüswirth (Pres) - Dominik Hiltl (Pres) - Martin Rognas (Pres) - Karin Roth (Pres) - Peter Schenk (Pres) - Rolf Schweizer (Pres) - Marina Vogt (Pres) - Don Wobbe (Pres)

Baselrand, Daniel Balmher (Pres), Leitung: Georg Schläpfer (Pres), che. Leitung: Maria Biedler (Pres), Peter de Marchi (Pres) - Thomas Güter (Pres) - Stefan Güter (Pres) - Christian Horstberger (Pres) - Franziska Lutz (Pres) - Alessandra Piatra (Pres) - Daniela Suter (Pres) - Kurt Tschopp (Pres) - Peter Wältli (Pres) - Wilfried Zuber (Pres) Basel-Stadt, Daniel Schneider (Pres), Leitung: Oliver Balmher (Pres), che. Leitung: Flavio Grassler (Pres) - Heinz Pfanzmann (Pres), Produktion: Rafael Klotz (Pres) - Christian Mundi (Pres) - Andrea Schweizer (Pres) - Isabel Scarselli (Pres) - Daniel Zuber (Pres) Sport, Marcel Roth (Pres), Leitung: Andreas W. Schmid (Pres), che. Leitung: Leo Branschi (Pres) - Oliver G. (Pres) - Stefan Kretz (Pres) - Timon Pauli (Pres) - Tobias von Rohr (Pres) - Klaus Teichmann (Pres) - Doris Wilimann (Pres) Kultur, Christoph Helm (Pres), Leitung: Sigrud Schöhl (Pres), che. Leitung: Andrea Fopp (Pres) - Miriam Gasser (Pres) - Nick Joyce (Pres) - Hannes Kissler (Pres) - Stephan Rujter (Pres) - Ursula Schindler (Pres) - Johan Schmid (Pres) - Usula Schweizer (Pres) - Julia Schuler (Pres) - Stefan Steininger (Pres) Beilagen/Projekte, Roland Höttinger (Pres) - Bernd Brünner (Pres) - Christian Föll (Pres) Volontariat, Karl-Otto Gehr (Pres)

Basel, Alexander Müller (Pres), Leitung: Lukas Bachmann (Pres) - Joli Gerber (Pres) - Fabian Kern (Pres) Sport Produktion/Redaktion, Bernd Brünner (Pres) - Sven Graf von Döhrst - Sarah Külli (Pres) - Ben Lisa Toffa, Redaktion/Gesetzgebung: Jean-Christophe Basset - Hansjörg Halber - Christian Juno - Ralf Mader - Marco Müller - David Porceddu - Urs Rut - Juliana Ruzgler - Paul Schwärz (Redaktionsrat) Bildredaktion, Bernard Wenz, Leitung: Elisabeth Fuchs - Nancy Gygi Fotografen/Media Christian - Daniel Deschenaux - Elena March - Henry Muehlenberger - Margrit Müller - Roland Schmid - Barbara Müschelissen Bildbearbeitung, Holger Böhm - Nadine Briner - Thomas Tenebr Korrekturen/Layout Preparation und Postamble Ulfk, Text-Setting - Boris Ambrü - Anton Bortol - Katharina Böhm Mazzolini - Dölfel Regenerer - Markus Fiedel - Elen Schneider - Dorcaske Thormann Satz/Schreibarbeit, Miriam De Mazzini - Arny Zumbach - Ruth Widen Dokumentations/Archiv, Roger Berger, dok-@bz.ch Redaktionen, Anzeigenreferat, Postfach, 4002 Basel, Telefon 051 639 11 11, Fax 051 639 12 13, redaktion@baslerzeitung.ch

CEO Basler Zeitung Medien, Roland Starfen CEO Basler Zeitung Medien, Stefan Hohl Leiter Verlag, Paul Herzog Leithen/Leinhardt und Wetzel, Arndt Wolf Leiter Werbemarkt, Henry Zogg Anzeigenleitung, Alexander Heiser Abonnements-, Zustell- und Kreislaufkoordination, Montag bis Freitag von 8.30 bis 18.00 Uhr, Samstag von 7.00 bis 12.00 Uhr 051 639 13 33, Fax 051 639 12 32, abos@bz.ch www.bz.ch/bz Basler Zeitung Medien, Bahnstrasse 111-113, Postfach 1111, 4002 Basel, Telefon 051 639 11 11, Fax 051 639 12 13, redaktion@baslerzeitung.ch

Agenda



Die Migros folgt der Logik des Bundes

Von Daniel Vischer

Die Migros hat gehandelt; das ist gut so. Produkte, die in israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten im Westjordanland und in Ostjerusalem hergestellt werden...

Die Reaktion der israelischen Botschaft in Bern war prompt und harsch. Es würden «einseitige, voreingenommene politische Kriterien» angewandt. So werde der Friedensprozess nicht gefördert...

Der von Israel forcierte Ausbau von Siedlungen in der Westbank und vor allem in Ostjerusalem ist der Hauptgrund, dass der Verhandlungsfaden gerissen ist. Selbst die USA fordern Siedlungsstopp...

Carte blanche

Europa: Erwache!

Von Rolf Weder*

Die Europäische Union selbst mit dem Euro und der damit zusammenhängenden Schuldenkrise seit nun zwei Jahren dahin und belastet dabei nicht nur sich selber, sondern ganz Europa...

Der Europäische Rettungsschirm Nummer zwei mit dem Namen «Europäischer Stabilitätsmechanismus» (ESM) soll überschuldete Banken vor dem Untergang retten. Man spricht von der Schaffung einer «Bankenunion» mit integrierter Bankenaufsicht...

Es stellt sich mehr denn je die Frage, in welcher Art von Gesellschaft wir in Europa leben wollen. Lassen Sie mich dies anhand von zwei unterschiedlichen Bildern illustrieren: In Bild 1 erscheint Europa als eine kollektivistisch geprägte Volksgesellschaft...

wicklung verloren. Auch die sogenannte Fiskalpolitik wird von Brüssel genau überwacht, da sich in einer Währungsunion einzelne Länder sonst auf Kosten der anderen überschulden. Trotz dieser aufwendigen Kontrolle kommt es immer wieder zu Krisen und notwendigen Geldtransfers...

Den Wechselkurs, der über Abwertung und Aufwertung notwendige Anpassungen ermöglichen könnte, gibt es in diesem Bild nicht. Viele Bürger und Bürgerinnen, Unternehmen und auch ganze Branchen werden durch das öffentliche Budget...

Jüngste Meldungen sollten Europäer aufschrecken. Es fragt sich mehr denn je, in welcher Art Gesellschaft wir in Europa leben wollen.

unterstützt. Die anderen geben einen Grossteil ihres Einkommens ab. Auf beiden Seiten gibt es trotz einer ausgebauten Umverteilungsmaschinerie viele unzufriedene Gesichter. Die Politiker reisen von einem Ort zum anderen, und sie verkünden die umfangreichen Verdienste der politischen Integration in Europa.

Bild 2 zeigt ein individualistisches Europa mit einer Vielfalt von Währungen, Wirtschaftssystemen und Kulturen. Die Nationalstaaten haben eine sehr unterschiedliche Haushaltsdisziplin und verfolgen unterschiedliche Inflationsziele. Sie tragen aber auch die Konsequenzen ihres Handelns mehrheitlich selber. Der Kreditmarkt sorgt dafür, dass Länder mit steigenden Defiziten steil...

gende Zinsen bezahlen, was ihre Ausgabenfreude wiederum beschränkt. Länder mit schwacher Konjunktur erfahren eine Abwertung ihrer Währung, was die Exportfirmen beflügelt, ohne dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber lange über notwendige Preis- und Lohnkürzungen verhandeln müssen...

Der Standortwettbewerb sorgt dafür, dass die Staaten um ein attraktives Umfeld für ihre Firmen und Bewohner bemüht sind. Auch hier gibt es einige Treffen von Politikern auf europäischer und internationaler Ebene. Nicht die Währungsunion oder die Schuldenkrise dominiert das Bild, sondern die Lösung von Problemen wie die Erforschung und die Verschmutzung der Weltmeere oder der Klimaschutz. Die Eigenverantwortung ist überall grossgeschrieben. Dies gilt auf allen Ebenen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft...

Der damalige britische Premierminister Winston Churchill betonte 1946 in seiner berühmten Rede an der Universität Zürich die Notwendigkeit, dass die Tugenden Europas nicht weiter durch grausame Kriege überschattet werden. Er favorisierte eine engere Zusammenarbeit in Form der «United States of Europe», indem er England übrigens nur als «Sponsor» sah. Sein letzter Satz: «Let Europe arise.» («Lasst Europa aufgehen.»)

Heute wird die Entfaltung der zahlreichen Tugenden Europas nicht durch Krieg, sondern durch einen Prozess der Zentralisierung, Vereinheitlichung und Vernachlässigung der Eigenverantwortung bedroht. Dadurch fehlt die Zeit zur Lösung der wirklichen Probleme der Gesellschaft. «Europa: awake!» («Europa: Erwache!») wäre wohl der angemessene Aufruf von heute.

* Rolf Weder ist Professor für Ausenwirtschaft und Europäische Integration an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (WWZ) der Universität Basel.

Hick-up

Zu Tausenden gegen den bösen Feind Krebs

Von Martin Hicklin

Ein «Meeting» der besonderen Art geht heute in Chicago zu Ende, und wieder sind sie in Scharen gekommen. Wenn die amerikanische Gesellschaft für Krebsmedizin (Asco) zu ihrem Treffen tritt, dann mietet sie nicht ohne Grund das grösste Kongresszentrum der Vereinigten Staaten. Weit mehr als 25 000 Teilnehmende dürften in den letzten fünf Tagen den «McCormick Place» am Lake Michigan besucht haben. Der Komplex ist nach seinem Gründer Robert McCormick getauft – seinerzeit immerhin Verleger der «Chicago Tribune».

Über 5000 Abstracts, Zusammenfassungen von Studien- und Forschungsergebnissen, waren auch dieses Mal schon früh eingereicht worden, etwa 2000 davon durften in Vorträgen oder vor stummenden Postern präsentiert werden. Asco-Gremien entscheiden, wer besonders prominent in der Plenarsitzung auftreten darf. Wer nach dem frühen Einsendeschluss für Zusammenfassungen dann noch interessante neue Daten bringt (und Gewicht und einen Namen hat), durfte diese als «late breaking» (brandaktuelle) News vortragen und mit grosserer Aufmerksamkeit im Ozean der Verlautbarungen rechnen. Wie wunders, dass in Chicago auch Novartis und Roche ihre Onko-Muskeln zeigen. Eine gigantische Schau jeden-

falls, dieses Meeting der American Society of Clinical Oncology (Asco), auch was den Regieaufwand der Beteiligten betrifft. Denn es geht um viel an einem solchen Anlass. Um die Hoffnungen der Erkrankten vielleicht zuerst, um die Vermittlung neuer Belege für die besten Behandlungen, um Ansehen und natürlich um viel Geld. Wer belegen kann, dass eine Behandlung die ausgesteckten, meist zuerst auf Aufschub zielenen «Endpunkte» erreicht oder gar übertrifft, kann auf Beifall von Ärzten und Patient(innen), neue Umsätze und Gewinn hoffen. Krebs ist auch bei uns die zweithäufigste Todesursache. Aber längst nicht jeder Mensch, bei dem eine Krebserkrankung diagnostiziert wird, stirbt auch daran. Und trotz statistischen Gemeinsamagen für jede aus der Vielzahl von Geschwulstkrankheiten bleibt jeder Fall besonders, was die Heilung und den Verlauf betrifft. Das berechtigt auch zu Hoffnungen, besser als andere davon zuzukommen.

Obwohl es aber in bestimmten Gebieten grosse und – selten – sogar dramatische Fortschritte gegeben hat, ist vieles daran rätselhaft geblieben, warum plötzlich Gebeuge zu wachsen beginnen, die vorher mit ihrer Umgebung harmonierten. Da so vieles im lebenden Organismus zusammenspielen muss, ist es erst recht schwierig, gezielt ins

Geschehen einzugreifen, ohne zu grossen übrigen Schaden anzurichten. Vielleicht müsste man es für einen grossen Sprung vorwärts mit neuen Ansätzen versuchen. Dafür plädiert Patricia S. Steeg, Chefin der Abteilung für Frauenkrebs am amerikanischen National Cancer Institute. Sie rief eben in «Nature» auf, in der Behandlung von Brustkrebs (auch bei uns der häufigste Krebs bei Frauen), aber auch anderen Krebsformen zu versuchen, die Bildung der lebensgefährlichen Metastasen zu verhindern oder hinauszuschieben und dies zum «Endpunkt» von Studien zu machen, statt nur das Schrumpfen von Abergang allein.

In der Regel müsse heute an bereits schwer kranken und nicht mehr auf vorhandene Behandlung ansprechenden Patientinnen gezeigt werden, dass ein Teststoff die unweigerlich vorhandenen Metastasen schrumpfen lässt. Ein Wirkstoff, der aber verhindern könnte, dass sich Krebszellen im Blutkreislauf überhaupt zur Reise aufmachen, um durch die Wände von Blutgefässen zu entsenden und in neuen Geweben zu Tochtergeschwulsten zu wachsen, hätte da keine Chancen und würde glatt durchfallen. Es gelte darum, die klinischen Studien anders anzulegen. Einfach ist das nicht, billig erst recht nicht. Aber Patricia S. Steeg fehlt es nicht an Zuversicht, und sie schreibt: «Lasst uns das Vorhaben starten – jetzt!» Seite 11

Basler Zeitung

Neuralf-Zeitung und Basler Nachrichten AG Verlagspräsident: Rolf Wenzler Chefredaktor: Markus Sommer...

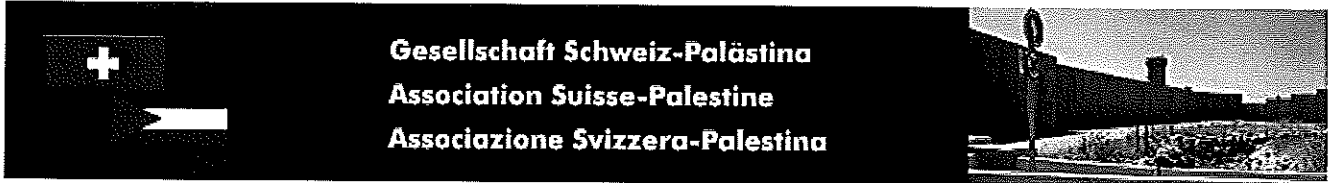
Baselred. Daniel Bähler (StB), Leitung: Georg Schmidt (StB), stv. Leitung: Marc Brotsch (StB), Leiter der Medien (StB)...

Auslandskorrespondenten: Ulrich Achermann (StB), Santiago de Chile - Roman Aerts (StB), Paris - Sebastian Borge (StB)...

StB: Alex. Alexander Müller (StB), Leitung: Lukas Bertschmann (StB), Josef Gernli (StB)...

CEO Basler Zeitung Medien, Roland Straffler CFO Basler Zeitung Medien, Stefan Meier Leiter Verlag, Paul Harzog...

BAZ am Aeschelplatz, Aeschelplatz 7, 4002 Basel, Tel. 061 632 12 12, Fax 061 632 12 19...



Statuten Vorstand Kontakt Beitritt Spenden Newsletter Newsletter-Archiv Links

[französisch] [italiano]

Home - über GSP
Aktuelles
Alle Events
Berichte / Dokumente
Petitionen
Stellungnahmen
Medien und GSP
Filme
Literatur
Blogs

Aktuelles

13.07.2012

SBB muss israelkritische Plakate akzeptieren

Das Bundesgericht hat entschieden: Die Bundesbahnen haben den Aushang eines israelkritischen Plakats im Zürcher Hauptbahnhof zu Unrecht unterbunden. Jetzt werden die Reglemente angepasst.

Israelkritisches Plakat darf im HB hängen
siehe auch Tagesanzeiger 14.7.2012 (pdf)



aktuelle Events

Fr 26.10.12
20.00
8404 Stadel b. Winterthur,
Restaurant Schlosshalde
Mörsburgstr. 36
Palästinensische Flüchtlingslager
im Libanon
[mehr ...]

Seite durchsuchen:

01.06.2012

Auch das HEKS begrüsst den Entscheid von MIGROS:

- 1) NZZ Inserat (1.6.2012)
- 2) Dossier "Güter aus israelischen Siedlungen"

29.05.2012

**Medienmitteilung:
Migros setzt wichtiges Zeichen - GSP begrüsst Deklaration von Siedlungsprodukten**

Die Gesellschaft Schweiz-Palästina begrüsst den Entscheid der Migros, Produkte die in israelischen Siedlungen produziert werden, als solche zu deklarieren. Damit setzt Migros ein wichtiges Zeichen zur Anerkennung des internationalen Völkerrechts im Nahen Osten. Israelische Siedlungen gelten nach internationalem Recht als illegal. Nun bietet Migros den Konsumierenden mit einer eindeutigen, klaren und transparenten Herkunftsdeklaration, die Möglichkeit Produkte, die in israelischen Siedlungen hergestellt werde zu kaufen oder nicht. Die GSP fordert Konsumierende auf, keine Güter, die in israelischen Siedlungen im besetzten Gebiet produziert werden, zu kaufen.

Im Weiteren werden Coop und andere Importeure von israelischen Siedlungsprodukten aufgefordert, diese ebenfalls transparent als solche zu deklarieren.

Israelische Siedlungen im besetzten palästinensischen Gebiet stellen eines der Haupthindernisse für einen Frieden zwischen Israel und den Palästinensern dar. Mehrere UN-Resolutionen fordern deswegen eine Ende der Besatzung und den Rückzug

Von: Gesellschaft Schweiz-Israel [<mailto:info@schweiz-israel.ch>]
Gesendet: Dienstag, 17. April 2012 13:43
An: 'markus.somm@baz.ch'
Cc: 'peter.malama@parl.ch'; Geeser Roman Dr. (roman.geeser@bluewin.ch)
Betreff: Daniel Vischer zum Xten

BEILAGE 11

Sehr geehrter Herr Somm

Ich "protestiere" erneut dagegen, dass D. Vischer "zum Thema" kolumnieren darf, ohne dass kenntlich gemacht wird, dass er Präsident der GSP ist. Das letzte Mal schrieben Sie mir, das wisse eh jeder/jede in Basel. Ich wende mich erneut an Sie und ich sage nochmals, es geht mir nicht um den Inhalt seiner Kolumne, sondern um den für Schweizer Verhältnisse singulären Vorgang, dass politische Kolumnen so publiziert werden. In Medienkreisen wird doch ganz allgemein der Code of conduct gepriesen.

Wir schätzen Ihre ausgewogene Position im Nahostkonflikt, aber wir bitten Sie, endlich dieses Mindestmass an Transparenz durchzusetzen.

Ich grüsse Sie sehr herzlich

Walter L. Blum

Gesellschaft Schweiz-Israel
Association Suisse-Israel
Associazione Svizzera-Israele
Postfach 9310
8036 Zürich
Tel. 0041 / 44 463 24 25
Fax 0041 / 44 462 77 75
info@suisse-israel.ch
info@schweiz-israel.ch
www.schweiz-israel.ch
www.suisse-israel.ch

Von: Gesellschaft Schweiz-Israel [<mailto:info@schweiz-israel.ch>]

Gesendet: Dienstag, 5. Juni 2012 11:41

An: 'markus.somm@baz.ch'

Betreff: Heutige Kolumne D. Vischer

BEILAGE 12

Lieber Herr Somm

Lassen Sie mich festhalten. Ich kenne Ihre Haltung zu Israel und ich habe allen Respekt. Es ist das xte Mal, dass ich mich an Sie wende und Sie bitte, Kolumnen von D. Vischer, wenn sie nahöstliche Themen behandeln, mit Autorenhinweis auf seine Funktion zu kennzeichnen.

Ich nehme an, dass ich Sie nerve. Aber die vorliegende "Variante" ist nun völlig "pervers" (bitte den Ausdruck zu verzeihen) und ich bitte Sie deshalb, meine Intervention zu verstehen. In dieser Kolumne kann der Präsident der Gesellschaft Schweiz-Palästina tatsächlich über das Wirken der GSP schreiben. Aus meiner Sicht ist dies publizistisch nicht verantwortbar. Ich erinnere Sie nochmals an den gültigen Code of conduct und ich hoffe sehr, dass Sie wenigstens diesmal meine Haltung teilen.

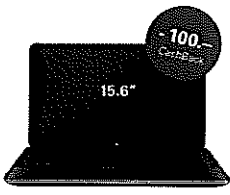
Ich grüsse Sie sehr herzlich

Walter L. Blum

Gesellschaft Schweiz-Israel
Association Suisse-Israel
Associazione Svizzera-Israele
Postfach 9310
8036 Zürich
Tel. 0041 / 44 463 24 25
Fax 0041 / 44 462 77 75
info@suisse-israel.ch
info@schweiz-israel.ch
www.schweiz-israel.ch
www.suisse-israel.ch

digitec.ch
6 von 41 064 Artikeln

Filialen in Basel, Döcken, Kriens, Lausana, Wintertur, Wohlen, Zollikon - Online-Shop www.digitec.ch - digitec@digitec.ch
Gratis Lieferung in die ganze Schweiz



799.- statt 999.-
HP Pavilion
d9-7332z

Beim Kauf eines Pavilion Notebooks bis Ende Juli erhalten Sie nach der Registrierung CHF 100.- von HP zurückgestellt!

- 15.6" Display • Intel Core i7-3510QM • 4GB RAM • 650GB HDD • Nvidia GeForce GT 630M
- Windows 7 Home Premium • 3x USB 2.0 • 2.6kg

Bestseller



315.- inkl. 32GB SDHC
GoPro HD Hero 2
Outdoor Edition

Die wasserfeste Kamera eignet sich besonders für actiongeladene Outdoor-Filme in Full HD.

- 11 MPixel CMOS-Sensor • 10 Bilder im Foto-Modus • Full HD-Video, 170 Grad Weitwinkel • Inkl. Befestigungsgehäuse
- Blende 1/2.8 • Bis zu 60m wasserdicht • Schockresistent • 5 MPixel Fotoauflösung • Mini-HDMI • 42x60x30mm, 167g

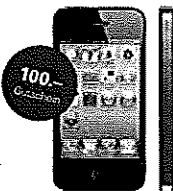


85.- statt 179.-

Color LaserJet

Dieser kompakte Farblaserdrucker bietet Ausdrücke in hoher Qualität bei leisem Betrieb.

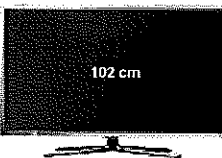
Bestseller



0.- mit Abo Sunrise Flat 4*
Apple iPhone 4S

Schliessen Sie jetzt ein Sunrise Neuabo Flat 4 mit dem iPhone 4S 16GB ab, erhalten Sie einen digitec Gutschein im Wert von CHF 100.-!

Bestseller



849.- statt 999.-
Samsung 40" LED-TV
UA6000

- 3D-Technik im eleganten, weissen Gehäuse
- 40 Zoll Full HD LED-Fernseher
- Micro Dimming
- 3D-fähig (aktiv)
- 400Hz

Bestseller



127.-
Crucial M4 SSD
128GB

Schnelle und stromsparende SSD - günstiger als 1 CHF/GB!

- SATA-3
- 3 Jahre Garantie
- Lesen/Schreiben/Windigkeit: 530/175MB/s • Maximaler Controller
- TRIM Support Artikel 215334

Auf Preise in CHF inkl. MwSt. Statt-Preise sind Konsumpreiss von 23.07.2012.

Linker Antisemitismus hat eine lange und beschämende Tradition Kein Wort über Aufhetzung

Von David Klein*

Nach einem blutigen anti-israelischen Anschlag in Bulgarien am 18. Juli 2012 sind fünf Israelis tot, weitere schwer in Lebensgefahr. Mehr als 30 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Ist es das, was die «Aktion Palästina-Solidarität» mit ihrem «Israelkritischen» Plakataufzug «Unrecht verlangt Widerstand!» befürwortet? Nationalrat Daniel Vischer jedenfalls applaudiert in seiner Baz-Kolumne vom 17. Juli zum Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts, dass die SBB das «diskret gestaltete» Plakat am Zürcher Hauptbahnhof aushängen muss.

Einmal mehr bricht sich Vischers als Palästina-Solidarität camoufflierter Antisemitismus ungehemmt Bahn.

Doch das erstatet wenig, hat doch der linke Antisemitismus eine lange und beschämende Tradition: Die versuchte Entführung einer El-Al-Maschine am Flughafen München/Riem, die Brandstiftung in einem jüdischen Altersheim in München, der Swissair-Bombenanschlag von Würenlingen, das Attentat auf die Olympischen Spiele in München, Lockerbie. Die grösste antisemitische Anschlagserie in Europa nach dem Ende des Nationalsozialismus mit insgesamt 342 unschuldigen Toten, verübt von palästinensischen Terroristen in Zusammenarbeit mit linksextremen deutschen «Antizionisten».

Der wohlstandsgesättigte Volksgenosse Vischer ist sogar per Definition ein Antisemit. Er verbreitet kontinuierlich das frei erfundene palästinensische Narra-

tiv des israelischen Landraubs. Die Staatsgründung Israels fälschlicherweise als historische Ungerechtigkeit darzustellen, dient ihm dabei als Grundlage der Nichtanerkennung des Existenzrechts Israels. Mit diesen Aussagen erfüllt er sämtliche Kriterien der international gültigen Definition von Antisemitismus: Delegitimierung, Dämonisierung und Doppelstandard. Doppelstandard bedeutet, dass Kritik selektiv

Die Schweizer Justiz gibt eine jämmerliche Figur ab. Sie bestreitet das Existenzrecht Israels.

auf Israel angewendet wird; wenn allein Israel von der UNO wegen Menschenrechtsverletzungen herausgestellt wird, während das Verhalten bekannter und wichtiger Menschenrechtsverletzer wie China, Iran oder Kuba toleriert wird.

Skrupellose Gehirnwäsche

Für den Geschichtsklitterer Vischer ist der Stedlungsbau der «Hauptgrund, dass der Verhandlungsfaden gerissen ist». Kein Wort über die systematische Aufhetzung der Palästinenser zum Jihad gegen Israel, die antisemitische Propaganda von islamischen Geistlichen, Politikern, Akademikern und Intellektuellen auf arabischen TV-Sendern, die per Satellit weltweit verbreitet werden, die skrupellose Gehirnwäsche, durch die bereits Schulkinder zu

Selbstmordattentätern erzogen werden, die Chartas der PLO und Hamas, die die Zerstörung Israels (und aller Juden) sowie die Errichtung eines islamistischen Staates auf ganz «Palästina» fordern und Nahost-Friedensinitiativen ablehnen.

Doch auch die Schweizer Justiz gibt erneut eine jämmerliche Figur ab. Nach der Schliessung der Grenzen während des Zweiten Weltkriegs, dem Judenstempel oder den nachrichtenlosen Vermögen, erlaubt das Bundesverwaltungsgericht ein Plakat, das den Staat Israel ausdrücklich delegitimiert. Mit den Sätzen «Israel: mit Gewalt errichtet auf dem Boden der Palästinenser» und «61 Jahre Unrecht an den Palästinensern» wird nämlich keineswegs auf die «israelische Siedlungspolitik» hingewiesen, wie das Gericht begründet, sondern das Existenzrecht Israels bestritten.

Den vor 61 Jahren gab es weder israelische Siedlungen noch Palästinenser. Erst 1968 taucht in der von Yassir Arafat (dem einzigen Massenmörder mit Friedensnobelpreis) neu formulierten Charta der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zum ersten Mal der Begriff «Palästinenser» auf. Selbst Schweizer «Nahostexperten», die heute behaupten, das «Palästinenserproblem» sei der Kern des Nahostkonflikts, hatten bis 1968 von einem «arabisch-israelischen» Konflikt gesprochen, in einer UNO-Resolution taucht der Begriff gar erst 1974 auf.

* David Klein ist ein jüdischer Musiker in Basel.

SP will Bundespräsident Ueli Maurer verhindern

SVP-Vize Freysinger: «SP ist penibel und kleinkariert»

Von Thomas Lüthi

Bern. Ein Bundespräsident Ueli Maurer ist für die Sozialdemokraten eine Horrorvision. Sie wollen verhindern, dass der amtierende Bundesrats-Vizepräsident von der SVP im Dezember die Wahl ins höchste Staatsamt schafft. Jedenfalls, wenn es nach dem Willen von SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin (SZ) geht. Maurer sei nicht die richtige Besetzung für das Bundespräsidium, sagte Tschümperlin in einem Interview mit dem «Sonntagsblick». Maurer habe seine Rolle als Bundesrat auch nach mehreren Jahren im Amt nicht gefunden.

Tschümperlin begründet seine Kritik mit umstrittenen Auftritten und Aussagen Maurers. Angefangen bei der Wiederwahl von Eveline Widmer-Schlumpf als Bundesrätin, als ein frustrierter Ueli Maurer das Bundesratszimmer verliess und bei seiner Partei Trost suchte. Oder mit Maurers Zitat in einem «Zeit»-Interview vom 21. Juni: «Aber heute will ja niemand mehr, der noch alle Tassen im Schrank hat, in die EU. Dieses Staatenbündnis hat stark an Glaubwürdigkeit verloren.» Damit löste Maurer geharnischte Reaktionen aus,

auch in den eigenen Reihen. Maurer sei immer ein Provokateur gewesen, sagte Tschümperlin zur Baz. Schon als er noch Parteipräsident der SVP gewesen sei. Die Schweiz könne sich angesichts der Aufgaben im Verhältnis zur EU einen solchen Bundespräsidenten nicht leisten. Das Land brauche einen Präsidenten, der es korrekt und würdig vertritt. Tschümperlin kann sich vorstellen, im Dezember statt Maurer den vorgesehenen Vizepräsidenten Didier Burkhalter direkt als Bundespräsidenten zu wählen.

«Linke Intoleranz regt mich auf»

Was die SP verlange, sei «penibel und kleinkariert», kommentiert SVP-Vizepräsident und Nationalrat Oskar Freysinger (VS) die SP-Attacke. «Diese linke Intoleranz regt mich auf. Die SVP habe schon oft für einen SP-Kandidaten gestimmt, nie jedoch erhalte die SVP Stimmen von der SP. Mit seiner Aussage zur EU habe Maurer nur ausgedrückt, «was 82 Prozent der Bevölkerung denke». Freysinger beruft sich auf eine Umfrage vom letzten Frühling. Damals sprachen sich 82 Prozent der Befragten dagegen aus, mit der EU Beitrittsverhandlungen aufzunehmen.

SBB prüfen Öko-Billette

Bahnkunden sollen auf Strom aus AKW verzichten können

Bern. SBB-Kunden sollen bald ohne Atomstrom Zug fahren können. Dies bezieht die «NZZ am Sonntag». «Wir sind daran, die Idee solcher Öko-Tickets im Detail zu prüfen», sagte SBB-Sprecher Daniel Bach der Zeitung.

Wie das System in der Praxis genau aussehen soll, ist noch offen. Kunden von Fluggesellschaften oder Elektrizitätswerken können schon heute gegen einen Aufpreis auf Tickets oder den Stromtarif eine umweltfreundliche Dienstleistung erkaufen. Bei den SBB wären dies Bahnfahrten, für die ausschliesslich Strom aus erneuerbaren Quellen verwendet wird. Derzeit soll ein kleiner Zuschlag favorisiert werden, der den SBB-Kunden garantiert, ohne Strom aus Atomkraftwerken unterwegs zu sein. Begrüsst werden die Ideen von

der CVP. Die Partei schlägt laut der «NZZ am Sonntag» einen freiwilligen Öko-Zuschlag von fünf Prozent auf Bahnbillette vor. Die Kunden könnten so selber entscheiden, ob sie beim Atomausstieg mithelfen wollten, argumentiert die CVP.

Dabei ist unklar, ob die Zuschläge nur auf Pauschalangeboten wie dem Generalabonnement oder dem Halbtax angeboten werden sollen, oder ob auch Einzelbillette verkauft werden können. Laut SBB-Sprecher Bach geht es der Bahn auch darum, das Tariffsystem möglichst einfach zu halten. Die Einführung einer solchen Gebühr müsse gemeinsam mit den anderen Schweizer Transportunternehmen, die im Verband öffentlicher Verkehr zusammengefasst sind, erfolgen. eg

Nachrichten

Österreichische Studie zu AKW Mühleberg

Wien. Das österreichische Umweltministerium liess eine Studie zur Sicherheit des AKW Mühleberg verfassen. Diese wurde im Mai dem Bundesamt für Energie (BFE) übergeben. Das BFE bestätigte am Sonntag den Erhalt einer «umfangreichen Fachstellungnahme», über welche die «Sonntagszeitung» berichtet hatte. Das Gutachten sei an das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) zur Sicherung weitergeleitet worden. Zum Inhalt der österreichischen Studie machte das BFE keine Angaben. Bahnbrechende Erkenntnisse habe diese nicht gebracht, sagte Andreas Mojn, Atomexperte im Umweltministerium, SDA

Bezahlen mit dem Handy soll bald möglich sein

Bern. Schon im kommenden Jahr soll in der Schweiz an Supermarktkassen, Kiosken und gewissen Automaten mit dem Handy bezahlt werden können. Für kleinere Beträge braucht es dazu nicht einmal einen PIN-Code. Ab wann genau die Grossvertrieber und Telekomfirmen das Bezahlen mit dem Handy ermöglichen, ist aber noch unklar. Gemäss einem Bericht der «NZZ am Sonntag» wollen die Telekomanbieter Swisscom und Sunrise die neue Bezahlfunktion lancieren, wenn die Kartenlesegeräte an den Kassen von Migros und Coop mit der dafür notwendigen Technologie ausgerüstet sind. SDA

Rückkehrhilfe für Tunesier gestartet

Bern. Der Bund will Tunesierinnen und Tunesier, die in der Schweiz um Asyl bitten, mit finanziellen Anreizen zur raschen Rückkehr in die Heimat motivieren. Mitte Juli ist das Programm angelaufen. Ziel ist unter anderem, dem Platzmangel in den Unterkünften abzuhefen. Michael Glauser, Sprecher des Bundesamts für Migration (BFM), bestätigte einen Bericht der «Sonntagszeitung». Grundsätzlich erhält jede erwachsene Person 1000 Franken und jedes Kind 500 Franken. Ausbezahlt wird das Geld nach der Rückkehr in Tunesien. Die zuständigen Stellen in der Schweiz wollen nun beobachten, wie sich die Rückkehrhilfe entwickelt. SDA

Einschreiben

Basler Zeitung
Herrn Markus Somm
Chefredaktor
Hochbergerstrasse 15
4002 Basel

Dr. Andreas Meili
Rechtsanwalt

Dr. Herbert Pfortmüller
Rechtsanwalt

Zürich, den 13. September 2012

Gesellschaft Schweiz-Israel / „Basler Zeitung“ betr. Beiträge von NR Daniel Vischer

Sehr geehrter Herr Somm

Der Zentralvorstand der Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI) hat mich beauftragt, Sie im Zusammenhang mit Kommentaren von Herrn NR Daniel Vischer zu den Themen Israel, Palästina und Naher Osten zu kontaktieren. Ich beziehe mich dabei auf die bisherige Korrespondenz des Zentralsekretärs der GSI, womit dieser Sie zwecks Herstellung von Transparenz Ihren Lesern gegenüber mehrmals gebeten hat, in den genannten Beiträgen künftig auf die Funktion von NR Vischer als Präsident der Gesellschaft Schweiz-Palästina (GSP) hinzuweisen.

Leider musste meine Klientin feststellen, dass die „Basler Zeitung“ weiterhin nicht bereit ist, diesem Anliegen Rechnung zu tragen. In einem Kommentar von NR Vischer, der am 17. Juli 2012 in Ihrer Zeitung unter dem Titel „Freie Meinung am Bahnhof“ erschienen ist, fehlte erneut jeder Hinweis auf seine Stellung bei der GSP (Beilage 1). Umgekehrt wurde in einer Entgegnung von David Klein, die am 23. Juli 2012 in der „Basler Zeitung“ unter dem Titel „Kein Wort über Aufhetzung“ publiziert worden ist, der Hinweis abgedruckt, dass es sich bei ihm um einen „jüdischen Musiker in Basel“ handelt (Beilage 2). Damit sollte offenbar auf seine (angebliche) Interessenlage hingewiesen werden, damit die Leser den Inhalt dieses Beitrags einordnen konnten.

Ohne vertiefen zu wollen, ob der Hinweis darauf, dass es sich bei Herrn Klein um einen „jüdischen“ Musiker handelt, tatsächlich geeignet ist, seine Interessenlage zu beschreiben, halte ich einen entsprechenden Hinweis bei Herrn NR Vischer, mit dem seine führende Stellung bei der GSP kenntlich gemacht wird, jedenfalls für notwendig. Ich verweise dazu auf die Ihnen bekannte „Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten“ (sog. Journalistenkodex), die bereits in ihrer Präambel festhält, dass sich die Medien in ihrer Berichterstattung vom „Prinzip der Fairness“ leiten lassen. Gemäss Ziff. 2 dieses Kodexes verteidigen sie ferner die „Unabhängigkeit und das Ansehen ihres Berufs“ und sind zur Vermeidung von Interessenkonflikten insbesondere verpflichtet, politische Funktionen derjenigen Personen, deren Beiträge sie verbreiten, ihrem

Publikum zur Kenntnis zu bringen (Richtlinie Nr. 2.4 zum Journalistenkodex). Dabei spielt es keine Rolle, wie bekannt der jeweilige Autor in der Öffentlichkeit ist.

Da die genannten standesrechtlichen Bestimmungen auch auf Ihren Titel anzuwenden sind, möchte ich Sie nochmals auffordern, künftig in Kommentaren von NR Daniel Vischer, wenn sie sich mit den einleitend erwähnten Themen befassen, einen Hinweis auf dessen Stellung als Präsident der Gesellschaft Schweiz-Palästina anzufügen, analog dem Hinweis im Beitrag von David Klein gemäss Beilage 2. Ein solcher Hinweis ist aus Transparenzgründen unabhängig davon erforderlich, wie bekannt NR Vischer ist, ganz abgesehen davon, dass einer breiten Öffentlichkeit nicht bekannt sein dürfte, dass er Mitglied der GSP ist und diese sogar präsidiert.

Ich bitte Sie, mir bis **Freitag, 28. September 2012** verbindlich mitzuteilen, ob Sie diesem Anliegen zukünftig Rechnung tragen werden.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Andreas Meili'. The signature is stylized with a large initial 'A' and a long horizontal stroke extending to the right.

Dr. Andreas Meili

Beilagen: erw.

21. Sep. 2012

Basler Zeitung

Markus Somm
Chefredaktor

BEILAGE 15

Aeschenplatz 7

Postfach

CH-4002 Basel

Telefon +41 (0)61 639 14 06

Fax +41 (0)61 631 30 39

E-Mail markus.somm@baz.ch

www.baz.ch

Herrn
Dr. Andreas Meili
Rechtsanwalt
Scheuchzerstrasse 64

8006 Zürich

Basel, 18. September 2012

Sehr geehrter Herr Dr. Meili

Im Auftrag der Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI) haben Sie sich in Ihrem Schreiben vom 13. September 2012 mit der Aufforderung an mich gewandt, die Kolumnen von NR Daniel Vischer in der Basler Zeitung künftig mit dem Hinweis zu versehen, dass NR Vischer Präsident der Gesellschaft Schweiz-Palästina (GSP) ist. Dies im Sinne der Herstellung von journalistischer Transparenz, der Offenlegung von Interessenlagen und auch im Hinblick auf das Prinzip der Fairness. Schliesslich hätte man bei einer Replik von David Klein auf einen Beitrag von NR Vischer den Autor als "jüdischen Musiker" vorgestellt, bei Vischer aber seine Funktion bei der GSP unerwähnt gelassen. Dazu:

1. Vischer Kolumne erscheint einmal pro Woche in der Rubrik "Agenda", wo auch andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in wöchentlicher Kadenz publizieren. In dieser Rubrik gilt die Regel, dass bei keinem der Kolumnisten die berufliche oder politische oder sonstige Verbindung angegeben wird. Die Schreibenden sind allgemein bekannt (Helmut Hubacher, Daniel Wiener, Thomas Cueni etc.) und die Leserschaft weiss, für was sie stehen und wen oder was sie vertreten. Diese Regelung wollen wir beibehalten.
2. Der Hinweis, Autor David Klein sei ein "jüdischer" Musiker, war natürlich unnötig und überflüssig und wird bei künftigen Beiträgen von Herrn Klein unterbleiben, genau so wie wir bei den Artikeln anderer Autoren nie Angaben über deren religiösen Zugehörigkeiten machen.

Mit freundlichen Grüssen

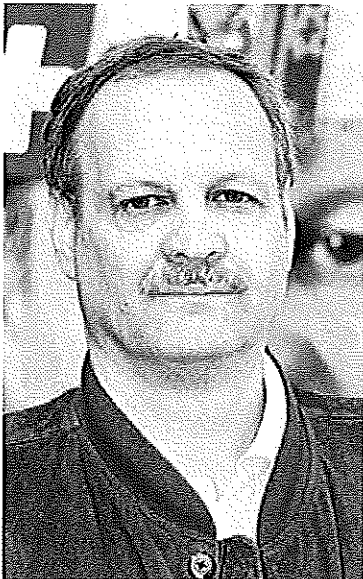
BASLER ZEITUNG



Markus Somm
Chefredaktor

Die Genfer Liberalen in Teufels Küche

Ein Pakt mit der SVP gefährdet die Wiederwahl Pierre Maudets von der FDP



Hilffreich, Eric Bertinat von der SVP soll der Liberalen Florence Kraft-Babel Stimmen bringen.



Nicht wählerisch, Florence Kraft-Babel spannt mit der SVP und der FDP zusammen.



Gefährdet, Pierre Maudet von der FDP hat seine Wahlkampfstrategien intensiviert.

SERINA GROSS, Genf

In Basel schlucken die Liberalen anstandslos einen SVP-Ständeratskandidaten. Die Genfer Liberalen tun sich da schwerer. Kein Wunder, rührt die SVP doch am Heiligsten, dem humanistischen Erbe und dem Selbstverständnis des internationalen Genf.

Basel, 1. April, Schlüsselzunft. FDP-Parteipräsident Christoph Bürgenmeister präsentiert zusammen mit Exponenten von FDP und CVP den gemeinsamen bürgerlichen Ständeratskandidaten Sebastian Frehner. Er lobt dessen Wirtschaftskompetenz, bezeichnet ihn als «bestens geeignet», sichert ihm seine volle Unterstützung zu. Kritik an der bürger-

lichen Kandidatenkur gab es, wenn überhaupt, nur hinter vorgehaltener Hand. Genf, 20. März, anderer Ort, gleiches Thema: die Zusammenarbeit mit der SVP. Die 82 Delegierten der liberalen Partei der Stadt Genf sprechen sich bei nur fünf Gegenstimmen dafür aus, im Wahlkampf sowohl mit der FDP und der CVP als auch mit der SVP zusammenzuspannen.

POLITISCHE «BIGAMIE». Seither tanzt die liberale Kandidatin Florence Kraft-Babel auf zwei Hochzeiten. Sie figuriert nicht nur mit Michel Chevrolet von der CVP und dem bisherigen freisinnigen Regierungsmitglied Pierre Maudet auf dem Ticket der traditionellen bürgerlichen Parteien;

sie wirbt auch mit dem SVP-Vertreter Eric Bertinat um die Stimmen am rechten Rand, einem Politiker, der seine Karriere 1985 als Stadtparlamentsmitglied der ausländerfeindlichen «Vigilant» begann und der seit den Anfängen Mitglied der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) ist.

«Das ist die Art grotesker Situationen, deren Geheimnis nur Genf kennt», schreibt die Kommentatorin von «Le Temps». In der Tat führt das liberale Doppelleben zu einer verworrenen Konsultation im bürgerlichen Lager. Die Affäre mit der SVP mag der weitgehend unbekannt liberalen Kandidatin zwar Stimmen im rechten Lager zuführen; eine allfällige Wahl ginge

aber mit grösster Wahrscheinlichkeit auf Kosten von Pierre Maudet von der FDP, derjenigen Partei also, mit der sich die Liberalen im Mai verheiraten wollen. Denn ein Sitzgewinn der Bürgerlichen auf Kosten der Linken scheint unwahrscheinlich. Die Linksallianz wird ihre Viererververtretung in der Stadtexekutive halten können.

EINE LICHTGESTALT. Ob die liberale Newcomerin dem freisinnigen Amtsinhaber wirklich gefährlich werden kann, darüber gehen die Meinungen auseinander. Maudet ist eine Lichtgestalt der Genfer Politik und er gilt spätestens seit 2008 – als ihn alt-Bundesrat Pascal Couchepin mit den Worten adelte: «Er hat die intel-

lektuellen und politischen Voraussetzungen, um mein Nachfolger zu werden» – als zu Höherem berufen. Er selbst scheint sich um seine Wiederwahl Sorgen zu machen. «Das mache ich, um Stimmen zu gewinnen», sagte er «L'illustré», als er frühmorgens im ehemaligen Arbeiterquartier beim Verteilen von Wahlflyern angetroffen wurde. «Ich muss jede Stimme zusammenkratzen.» Am Sonntag wird sich zeigen, ob Alleskönner Maudet zum ersten Mal in seiner Karriere mit dem Phänomen Niederlage Bekanntheit schliesst.

Etwas länger dürfte es dauern, bis sich die Bauchschmerzen gelegt haben, welche das Zusammengehen mit der SVP bei einigen Genfer Liberalen verursacht

hat. Im Gegensatz zu Basel ist der Verrat an den eigenen Idealen in Genf ein Thema. Darf eine Partei, die sich der Menschlichkeit verpflichtet hat und die für die internationale Ausstrahlung der Stadt Genf kämpft, mit einer Partei zusammenarbeiten, die gegen das «Pack in Annemasse» polemisiert und die internationalen Organisationen verachtet?

ENIMMAL IST KEINMAL. Bei den Liberalen versucht man, die Bedeutung des Entscheides herunterzuspielen. «Der Widerstand wäre nicht so schwach gewesen, wenn wir das Gefühl gehabt hätten, unsere Werte zu verraten», lässt sich der Genfer alt-Staatsrat Claude Haegi in Anspielung auf den klaren Delegiertenentscheid in «Le Temps» zitieren.

Alt Nationalrat Jacques-Simon Eggly, sagt, es sei vor allem darum gegangen, eine Allianz zwischen der SVP und dem grenzgängerfeindlichen Mouvement Citoyens Genevois (MCG) zu verhindern. «Hätten wir die ausgestreckte Hand der SVP nicht genommen, so hätte sie sich dem MCG in die Arme geworfen», ist er überzeugt. Er habe sich gesagt: «Das ist jetzt dieses eine Mal. Und ich hätte nicht das Gefühl, dass ich meine Prinzipien als liberaler Humanist verraten hätte», so der alt Nationalrat.

Einmal ist keinmal, scheint also das Motto zu sein, mit dem sich viele Genfer Liberalen beruhigen. Zudem beschränke sich die Zusammenarbeit ja auf die kommunale Ebene, wo die Fraktionen weniger gross seien als national, meint ein Delegierter. Dem widerspricht die Aussage von Parteipräsident Cyril Aellen: «Diese Kooperation ist weder punktuell noch allein den Umständen geschuldet. Wenn wir Majorzwahlen gewinnen wollen, dann müssen wir unsere Wählerbasis verbreitern.» Bleibt also abzuwarten, wie es die Genfer Liberalen mit der auch hier in Aussicht gestellten Ständeratskandidatur der SVP halten werden.

Der fatale Anfangsverdacht

Ein Zeuge gibt Details zu Ramos bekannt

GERHARD LGB, Bellinzona

Am zweiten Tag im Prozess gegen Oskar Holenwegger vor Bundesstrafgericht sind drei Zeugen angehört worden.

War es berechtigt, gegen den Privatbanker Oskar Holenwegger ein Verfahren wegen Verdachts auf Geldwäscherei zu eröffnen? Diese Frage ist nicht Gegenstand der Anklage, doch insofern verfahrenrelevant, weil sich der Anfangsverdacht der Geldwäscherei zwar nicht bestätigt hat, aber die dadurch eingeleitete Untersuchung andere mutmassliche Delikte wie die Führung der schwarzen Kassen für Alstom ans Licht brachte.

Am zweiten Prozessstag vor Bundesstrafgericht in Bellinzona lieferte Jacques Repond von der Bundeskriminalpolizei (BK) einige aufschlussreiche Erläuterungen zum Einsatz des Informanten Ramos, der seinerzeit den genannten Anfangsverdacht gegen Holenwegger geliefert hatte. Der Beamte hatte Ramos in den USA gesprochen, als dieser noch im Gefängnis sass. 2002 war Ramos dann in die Schweiz eingeschleust worden. Unter dem Decknamen Alex sollte er Licht in die Abläufe des schweizerischen Drogenmilieus bringen.

Ramos habe sich 2003 schnell in die Szene eingelebt und effektiv wertvolle Hinweise gegeben, die zu mehreren Verurteilungen geführt hätten. Erst 2004 sei es durch die Verletzung der festgelegten Spielregeln zu Problemen gekommen, sagte Repond. Damit bestreite er im Grunde die These, wonach Ramos stets eine luschige Figur gewesen sei, deren Einsatz von Anfang an ein Desaster war.

2003 informierte Ramos die Ermittler über die Präsenz eines Bankiers in Zürich,

der angeblich bereit war, grosse Summen von Drogengeldern zu waschen – Holenwegger. Er hätte sogar Interesse gezeigt, 40 Millionen Euro pro Monat an Drogengeldern aus Spanien, Holland und Deutschland zu waschen. Dies machte selbst die Ermittler so stutzig, dass sie die Zürcher Polizei anfragten, ob der besagte Bankier selbst ein Vertrauensmann sei, durch den Drogenkriminalität geschnappt werden sollen. Zürich verneinte.

EKLAT. Am Morgen war ein früherer Staatsanwalt des Bundes als Zeuge erschienen. Bei dessen Befragung kam es zu einem kleinen Eklat, weil Richter Peter Popp gewisse Fragen des Staatsanwalts mangels Relevanz nicht zulies. Dieser hatte unter anderem wissen wollen, in welchen anderen Fällen die von Ramos gelieferten Informationen als Basis für die Einleitung von Ermittlungsverfahren gedient hätten.

Der Prozess wird heute mit der weiteren Einvernahme Holenweggers fortgesetzt. Allenfalls wird Bundesstaatsanwalt Lienhard Ochsen am Nachmittag bereits sein Plädoyer halten und den Strafantrag stellen. Er bedauerte gestern, dass die Protokolle der Vorabvernahme des deutschen V-Manns Markus Diemer, die in Stuttgart stattfand, noch nicht eingetroffen sind. Er wird die offenbar belastenden Aussagen in sein Plädoyer einbauen. Deren juristischer Wert ist aber fraglich, solange sie nicht offiziell protokolliert sind. Für morgen ist mit dem Plädoyer von Verteidiger Lorenz Erni zu rechnen, am Freitag sollte die Hauptverhandlung schliessen. Ein Termin für die Urteilsöffnung steht noch nicht fest.

Vischer

Oublier Blocher

DANIEL VISCHER

Natürlich hat Toni Brunner nie Lenin gelesen. Aber der Auftritt der SVP-Partei an vergangenden Donnerstag mahnt stark an das Funktionieren einer leninistischen Kaderpartei. Dazu gehört auch, dass der wirkliche Chef nicht unbedingt der Gewählte ist. Erstaunlich aber vor allem ist, dass von der SVP nicht in den Kantonen bekannt gegeben wird, wer jeweils für den Ständerat kandidiert, sondern zuerst die Parteizentrale spricht. Sie handelt, vergewissert sie uns, ausschliesslich im wohlverstandenen Interesse von Partei und Schweiz. Das gilt auch für ihre wichtigste Botschaft, dass Christoph Blocher in Zürich für den Ständerat und den Nationalrat kandidiert. Allerdings ist er auch gleichzeitig die Partei: in Geld und Geist. Was man bezüglich der Schweiz nicht behaupten kann.

MYTHOS. Wahlchancen als Ständerat hat Blocher keine, das weiss auch er haargenau. Somit stellt sich die Frage, ob er mit seiner Kandidatur nicht gerade daran ist, sich selbst zu widerlegen. Bisher näherte er nämlich mit Inbrunst den Mythos, die Mehrheit der Klasse politique habe ihn damals böswillig und hintertäglich abgewählt, derweil das Volk ihn liebe. Und nun wird er in Zürich erleben müssen, im

grössten Schweizer Kanton, notabene, bei seiner «home base», dass dies nicht gar nicht der Fall ist. Allerdings ist seine Rechnung fürs Erste aufgegangen. Für die meisten Medien steht uns jetzt nämlich ein Blocher Ständeratswahlkampf bevor. Aufgeregt wird gefragt, etwa gegenüber SP und Grünen, wer sich ihm nun stelle. Dabei sind seine Hauptkonkurrentin und sein Hauptkonkurrent längst bekannt, die beiden Bisherigen Verena Diener und Felix Gutzwiller. Ihre

Wahlschancen als Ständerat hat Blocher keine, das weiss er haargenau.

Chancen, bereits im ersten Wahlgang gewählt zu werden, sind durch Blochers Kandidatur sogar eher gestiegen als gesunken, weil jede Mobilisierung mit und für Blocher bei einer Majorzwahl eine noch grössere gegen ihn bewirkt. Blocher ist nicht mehrheitsfähig, aber er ist in gewiefter Form diskursbestimmungsfähig, indessen nur solange sich die anderen Parteien dem beugen. Darin liegt die Krux. Auch wenn die SVP nach Fukushima in den vier Kantonswahlen kaum verloren, in

einigen Kantonen sogar gewonnen hat, wird sie mit allen Mitteln zu verhindern versuchen, dass sich der Wahlkampf schwergewichtig auf die Themen Atomstausieg und Klimaschutz fokussiert. Durch die tragischen Ereignisse in Japan ist der Zeitplan für den Atomstausieg, in Kopplung mit jenem für die CO₂-Reduktion, ins Zentrum gerückt. Da aber haben SVP und Blocher ausser Wirtschaftsdurchhalteparolen nichts zu bieten. Auch die hilflos versuchte Kopplung mit der Personenfreizügigkeit wird hier kaum behilflich sein.

ABLENKUNG. Freilich haben auch einige freisinnige Atombarone und CVP-Landfürsten alles Interesse daran, im Wahlkampf über andere zu sprechen und sind deshalb Blocher und der SVP sehr wohl dankbar, wenn sie dies durch ihren Ausländer- und EU-Wahlkampf fördern. Aber existieren im Lande eigentlich nicht genügend Parteien und politische Köpfe, die ihrerseits alles daransetzen müssten, endlich einmal zu sagen: oublier Blocher.

* Daniel Vischer ist Nationalrat der Grünen Partei (ZP).



Nachrichten

China weiss um seine Bedeutung für Europa

Brüssel. Beim EU-China-Gipfel in Brüssel sicherte der chinesische Regierungschef Wen Jiabao der EU in der Finanzkrise die Unterstützung seines Landes zu. China ist für die EU als Wirtschaftspartner unverzichtbar geworden. Entsprechend forschert Wen gestern Donnerstag auf. In seiner Auftaktrede zum Gipfel forderte er die Rücknahme des EU-Waffenembargos gegen sein Land und die Anerkennung als echte Marktwirtschaft. DPA

Massenprotest gegen Wirtschaftspolitik

Delhi. Zehntausende Inder haben gestern gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung von Premierminister Manmohan Singh und einschneidende Reformen im Einzelhandelssektor protestiert. Mehrere Oppositionsparteien hatten zum landesweiten Generalstreik aufgerufen, der vielerorts zu massiven Behinderungen führte. Mit dem Protest wendet sich die Opposition vor allem gegen die geplante Öffnung des milliardenschweren Einzelhandelssektors für ausländische Investoren. DPA

Russen drängen die USA aus Kirgistan

Bischkek/Moskau. Russland hat eine längere Stationierung seiner Kampfeinheiten in Kirgistan vereinbart und erlässt der verarmten Ex-Sowjetrepublik dafür Schulden von 154 Millionen Euro. Moskaus Militärpräsenz bis mindestens 2032 sei nach dem bevorstehenden Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan ein Stabilitätsfaktor in Zentralasien, sagte Kremlchef Wladimir Putin nach Angaben örtlicher Medien in Bischkek. Dagegen werde die US-Militärbasis Manas ab 2014 in einen Zivillufthafen umgewandelt. Die US-Präsenz in dem Land an der Grenze zu China ist Russland seit Langem ein Dorn im Auge. DPA

Erneut Hunderte tote Zivilisten in Syrien

Damaskus. Das Blutvergiessen in Syrien dauert an. Seit Beginn dieser Woche starben wieder Hunderte Menschen. Gestern forderte ein Luftangriff auf eine Tankstelle Dutzende Tote. Regierungsgegner meldeten, ein Militärhubschrauber habe über der Tankstelle im Dorf Ain Issa nahe der türkischen Grenze eine Bombe abgeworfen. Es habe über 30 Tote und Dutzende Verletzte gegeben. DPA

Streik in Südafrika beendet Platinmine

Johannesburg. Sechs Wochen nach Beginn der blutigen Bergarbeiterproteste in der südafrikanischen Marikana-Platingrube haben die Kumpel ihre Arbeit gestern wieder aufgenommen. Sie hatten sich mit der Betreiberin Lonmin auf eine Lohnerhöhung zwischen 11 und 22 Prozent geeinigt. DPA

ANZEIGE

Radikales Rauchverbot?



Martin Baumle, Nationalrat GLP/ZH

Am 22. September

NEIN

www.stimmengibt-wohnen.ch

Faschisten im Blick der Justiz

Abgeordneten drohen Verfahren nach Übergriffen auf Einwanderer



Unheimlich. Auftritt des Chefs der griechischen Faschistenpartei Goldene Morgenröte, Nikolaos Michaloliakos. Foto Keyphoto

Von Markus Bernath, Athen

Mit dem Parlament haben die griechischen Faschisten nicht viel am Hut. «Wir fühlen uns dort unwohl. Wir fühlen Übelkeit und Abscheu», eröffnete Nikolaos Michaloliakos, der Führer der rechtsextremen Partei Goldene Morgenröte (Chrysi Avgi), seinen Anhängern schon vor Wochen. Ein kollektiver Auszug der 18 Abgeordneten aus dem Parlament ist absahbar, ebenso wie eine inszenierte Rückkehr nach einer Trotzphase. Doch einen Grund für ihr Unwohlsein haben die Faschisten mittlerweile: Gleich vier Anträge der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten der Fraktion Chrysi Avgi liegen vor. Die mutmassliche Mithäterschaft faschistischer Politiker bet den ununterbrochenen Angriffen auf Einwanderer in Griechenland lässt sich nicht mehr übersehen.

So «kontrollierten» kürzlich zwei Abgeordnete von Chrysi Avgi in Rafina, einer Hafenstadt östlich von Athen, Verkaufslizenz auf einem Markt von Einwanderern aus Afrika und Asien. Parteianhänger in den schwarzen T-Shirts mit dem Chrysi-Avgi-Schriftzug kippten Marktstände und prügelten die Verkäufer. Ein weiterer Parlamentarier führte einen Schlägertrupp der Partei zu einem anderen Markt von Einwanderern in der westgriechischen

Kleinstadt Mesolongi. Auch der offizielle Leibwächter des Abgeordneten Kostas Barbarousis, ein Polizist, ist als Angreifer identifiziert worden. Die griechische Polizei hat daraufhin allen 18 Abgeordneten der Partei den Personenschutz gestrichen, der ihnen als gewählte Volksvertreter zusteht.

Kritik auch von der UNO

Es war wohl auch eine Vorsichtsmassnahme, um weiteren der Polizei peinlichen Zwischenfällen vorzubeugen: dass Polizisten mit den Faschisten von Chrysi Avgi sympathisieren und bei Übergriffen gegen Ausländer einfach wegschauen, haben linksstehende Parteien und internationale Menschenrechtler immer wieder angeprangert. Sie sei besorgt über Berichte, denen zufolge die griechische Polizei nicht in der Lage gewesen sei, «Opfer fremdenfeindlicher Gewalt wirksam zu schützen», erklärte zuletzt auch UNO-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay.

Der «Migranten-Arbeiterverein», eine in Athen ansässige Organisation für Einwanderer, spricht von nahezu 500 rassistisch motivierten Angriffen in Griechenland in der ersten Hälfte dieses Jahres. Die Zahl der eingebrachten Anzeigen sei keinesfalls so hoch, erklärt die griechische Polizei auf Anfrage des BaZ-Korrespondenten. Dafür gäbe es wiederum Fälle von Angriffen, die nach

Rassismus aussähen, tatsächlich aber andere Motive wie Geldfragen oder Fragen der Gebietsaufteilung in einem Stadtviertel hätten. Eine Notwendigkeit, die Disziplin der Beamten im politisch aufgeheizten Klima des Landes sicherzustellen, gibt es offenbar trotzdem: Die Zentrale der griechischen Polizei habe «wiederholt allgemeine und spezielle Anweisungen an alle Mitarbeiter gegeben, die das korrekte Verhalten der Polizisten gegenüber allen Zivilisten, gleichgültig, woher sie stammen, vorschreiben», heisst es.

Bewunderer der Wehrmacht

Nikolaos Dendias, Minister für öffentliche Ordnung und Bürgerschutz, liess nach dem Angriff auf den Markt in Rafina die örtliche Polizeieinheit suspendieren. Der Minister, der im August 2011 eine landesweite Razzia gegen illegale Einwanderer unter dem Namen «Gastfreundschaft» startete, spricht nun von den «Sturmtruppen» der faschistischen Partei, die er stoppen wollte.

Es ist eine direkte Anspielung auf die deutsche Wehrmacht und deren Einmarsch in Griechenland 1941. Aus ihrer Verehrung für die Nationalsozialisten machen die griechischen Faschisten kein Geheimnis. Im Parlament in Athen pflegen die Abgeordneten von Parteichef Michaloliakos mit einem abgeänderten Hitlergruss aufzutreten.

Wahlen in der letzten Diktatur Europas

Weissrusslands Präsident ist resistent gegen jede Kritik

Minsk. Knapp zwei Jahre nach der äusserst umstrittenen Wiederwahl von Präsident Alexander Lukaschenko stehen in Weissrussland am Sonntag Parlamentswahlen an. Die Bürger der ehemaligen Sowjetrepublik sind aufgerufen, die 110 Abgeordneten des Unterhauses neu zu wählen. Doch die Auswahl ist gering – denn die beiden grössten Oppositionsparteien boykottieren den Urnengang. Sie beklagen, die Wahl sei bereits im Voraus zugunsten von Lukaschenkos Regierungspartei manipuliert.

Lukaschenko steht seit 18 Jahren an der Spitze Weissrusslands, die USA bezeichnen ihn als «Europas letzten Diktator». Zuletzt liess er sich im Dezember 2010 im Amt bestätigen. Gegen anschliessende Strassenproteste Zehntausender Bürger wegen mutmasslicher Wahlfälschungen gingen die Behörden brutal vor. Noch immer sitzt ein früherer Gegenkandidat Lukaschenkos im Gefängnis, genauso wie mindestens ein Dutzend Bürgerrechtler und Aktivisten.

Nur Abnicker im Parlament

Zurzeit ist im Parlament nicht ein einziger regierungskritischer Abgeordneter vertreten, die meisten Parlamentarier sind Lukaschenko-treue Staatsdiener. «Sie haben in vier Jahren drei Gesetze ausgearbeitet», sagt Anatoli Lebedko von der oppositionellen Vereinigten Bürgerlichen Partei. «Der Rest ist ein Abnicker dessen, was ist vom Büro des Präsidenten vorgeschrieben».

Die Vereinigte Bürgerliche Partei und die Weissrussische Volksfront zogen deshalb ihre Kandidaten kurz vor der Wahl zurück. Sie kritisieren auch, dass Unterstützer des Präsidenten die Wahlkommissionen kontrollieren, die ohne Aufsicht die Stimmen auszählen. Weissrussland verhindert ausserdem die Einreise unabhängiger Wahlbeobachter von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Sanktionen beindrucken wenig

Die EU hat Weissrussland schon seit Langem wegen zahlreicher Menschenrechtsverstösse mit Sanktionen belegt, zuletzt verschärfte sie diese Anfang des Jahres: Für 250 Mitglieder der weissrussischen Führung gelten Reisebeschränkungen, zudem sind Dutzenden weissrussischen Firmen Geschäfte mit Unternehmen aus der EU verboten.

Lukaschenko allerdings zeigt sich von der Kritik unbeeindruckt – und wirft der Opposition vor, vom Ausland gekauft zu sein. SDA/AFP

Die Beleidigung der Religion erregt nur Aufsehen, wenn es um den Islam geht, schreibt Gastautor David Klein

Mit ungleichem Mass

Von David Klein

«Wir brauchen das Blut eines christlichen Kindes für das ungesäuerte Brot am Passah-Fest, ein Auftrag von oben!», befiehlt der grimmige Rabbi mit Hut und Schläfenlocken einem jungen Juden. «Joseph, den Sohn deiner Nachbarin!» Schnitt. Ein Mann betritt mit dem verängstigten Joseph ein Zimmer. «Nathan, wohin bringst du mich? Ich will nach Hause!», flieht der etwa achtjährige Junge. «Hab keine Angst», beschwichtigt ihn Nathan und nickt grinsend den beiden Männern aus der ersten Szene zu, die ebenfalls im Zimmer sind. Die drei Männer zerren Joseph in einen dunklen Keller, in dem eine Blechwanne liegt. Zu dritt überwältigen sie den weinenden, verzweifelt nach seiner Mutter schreienden Jungen und drücken ihn zu Boden. In einer Grossaufnahme schneidet einer der drei dem Röchelnden die Kehle durch, das Blut spritzt aus der Wunde in die Wanne.

Diese Szene aus der fünf Millionen Dollar teuren, 29-teiligen syrischen TV-Serie «Al Shata» ist exemplarisch für unzählige, aufwendig produzierte

arabische TV- und Kinofilme, in denen Juden in einer Weise diffamiert und dämonisiert werden, die gemäss führenden Islamwissenschaftlern wie Matthias Küntzel sogar die Nazi-propaganda des Zweiten Weltkriegs in jeglicher Hinsicht übertrifft (Link: bit.ly/b9Z2MD).

Mir ist jedoch nicht bekannt, dass der deutsche Aussemmister Guido Westerwelle zu «Al Shata» oder den zahlreichen weiteren per Satelliten-TV auch in Europa verbreiteten jüdenfeindlichen Machwerken je seine «Empörung» geäussert hätte, wie er und andere Politiker es bezüglich des angeblich islamfeindlichen Youtube-Videos «Innocence of Muslims» taten. Geschwehe denn wurden wegen «Al Shata» weltweit unschuldige Menschen umgebracht und verletzt, Botschaften gestört oder gewaltsame Proteste abgehalten. Dies, obwohl die Brutalität von «Al Shata» sowie die propagandistische Verleumdung der Juden als Blut trinkende Kindermörder mit dem doch eher unbedarften und im Grunde nicht ernst zu nehmenden «Hassvideo» nicht einmal ansatzweise vergleichbar sind. Der deutsche

Politiker Ruprecht Polenz (CDU), der keine Gelegenheit auslässt, sich «israelkritisch» zu äussern, will das harmlose «Schmähvideo» gar verboten lassen: «Die Beleidigung des religiösen Bekenntnisses steht in Deutschland unter Strafe», posandert der eifrige Islamverteidiger.

Dies scheint jedoch nur für Muslime zu gelten. Bereits bei den Mohammed-Karikaturen konnte das gleiche Muster beobachtet werden: Während in

Mir ist nicht bekannt, dass zu jüdenfeindlichen Machwerken «Empörung» geäussert würde.

arabischen Zeitungen tagtäglich übelste antisemitische Karikaturen publiziert werden, geriet die Welt wegen ein paar durchaus humorvoller Karikaturen des Propheten in Aufruhr, und auch diese «Beleidigung» des Islams forderte Todesopfer. Auch in Deutschland werden bedenkenlos antisemitische Karikaturen veröffent-

licht. An der Dauerinstallation «Klagemauer» des Kölner Walter Hermann prangt seit Jahren eine Karikatur, die einen überdimensionierten Juden zeigt, der mit Messer und Gabel ein palästinensisches Kind zerschneidet, das blutend vor ihm auf einem Teller liegt. Man baut wohl darauf, dass Juden nicht dieselbe Affinität zum Beleidigtsein und Amoklaufen haben wie Muslime (Link: bit.ly/Ugy21).

Derweil treibt die groteske Apologetik des Islams die seltsamsten Blüten. So versteigt sich ein gewisser Stefan Kornelius in der «Süddeutsche Zeitung» zu der verqueren Ausererung, es sei «missig», im Fall des besagten Videos «nach Tätern und Opfern zu unterscheiden», islamistische Fanatiker hätten die «Provokation angenommen und nicht minder radikal zurückgezahlt». Nach Ansicht dieses Journalisten, dem offensichtlich sämtliche moralischen Sicherungen durchgebrannt sind, steht demnach Mord auf der gleichen Stufe wie das Drehen eines satirischen Videos.

David Klein engagiert sich als jüdischer Musiker gegen Antisemitismus und die einseitige Wahrnehmung Israels in den Medien.